

**Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)**

**Arbeitspapier Nr. 17**

**Hajo Holst**

# **Das EU-Referendum in Norwegen 1994**

**Modernisierung des Wohlfahrtsstaates,  
Sozialdemokratie und neoliberale  
Hegemonie**



FEG am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs  
Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg

## FEG Arbeitspapiere

- Nr. 1:** Frank Deppe, Zur Diskussion über die Entwicklung der Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen in der EG unter dem Einfluß des "Binnenmarktes '92". Vorläufige Informationen und Überlegungen, (*Februar 1990*) UKB 10 DM (*vergriffen*)
- Nr. 2:** Hans-Ulrich Deppe/Uwe Lehnhardt, Gesundheitswesen zwischen supranationalen Politikstrukturen und einzelstaatlicher Regelungskompetenz. Zu einigen gesundheitspolitischen Aspekten der westeuropäischen Integration, (*Mai 1990*) UKB 6 DM (*vergriffen*)
- Nr. 3:** Peter Imbusch, 1992. Die Folgen der Vollendung des EG-Binnenmarktes für europäische und außereuropäische Migranten, (*Januar 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)
- Nr. 4:** Frank Deppe/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.), Die Perspektive der Arbeitsbeziehungen in der EG und die soziale Dimension des Binnenmarktes '92, (*März 1991*) UKB 10 DM
- Nr. 5:** Robin Jacobitz, Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, (*August 1991*) UKB 7 DM (*vergriffen*)
- Nr. 6:** Europa im Umbruch - Neue Dimensionen der Politik, (*März 1992*) UKB 12 DM (*vergriffen*)
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling, Brita Bock, Frank Deppe, Karen Schönwälder, Migration, Arbeitsmarkt, Regulation - unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes in Hessen, (*Januar 1993*) UKB 15 DM
- Nr. 8:** Michael Felder, Die Problematik europäischer Industriepolitik am Beispiel JESSI, (*Januar 1993*) UKB 13 DM
- Nr. 9:** Frank Deppe/Klaus Peter Weiner, The "1992 Single Market" - National Labour Relations and Trade Unions in Western Europe, (*Marburg/Lahn 1992*)
- Nr. 10:** Frank Deppe/Michael Felder, Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), (*September 1993*) UKB 15 DM
- Nr. 11:** Ho Geun Lee, Regulationstheoretische Überlegungen zur Krise der EG, (*Januar 1994*) UKB 13 DM (*vergriffen*)
- Nr. 12:** Gudrun Hentges/Karen Schönwälder (Hrsg.), Zukunftsprojekt Europa: Die abgeschottete Union?, (*Januar 1994*) UKB 15 DM (*vergriffen*)
- Nr. 13:** Dorothee Bohle, Europäische Integration und Frauenforschung in Deutschland. Eine kommentierte Literaturübersicht, (*September 1994*) UKB 10 DM (*vergriffen*)
- Nr. 14:** Thorsten Schulten, "European Works Councils" - New Forms of European Labour Relations Regulation?, (*März 1996*) UKB 10 DM
- Nr. 15:** Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe, Bernd Röttger, Weltmarkt, Hegemonie und europäische Integration - Kritische Beiträge zur Theorie der internationalen Beziehungen, (*April 1996*) UKB 15 DM
- Nr. 16:** Dieter Boris, Kristine Hirschhorn, North Atlantic Free Trade Association (NAFTA) - Consequences of Neoliberal Market Strategies for Mexico and Canada, (*August 1996*), UKB 10 DM

**Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)**

Arbeitspapiere  
der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG)

Nr. 17

**Hajo Holst**

## **Das EU-Referendum in Norwegen 1994**

**Modernisierung des Wohlfahrtsstaates, Sozialdemokratie  
und neoliberale Hegemonie**

Marburg 1998

**ISBN 3-8185-0265-X**

**Redaktionelle Bearbeitung: Jochen Steinhilber**

**FEG am Institut für Politikwissenschaft**

**Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der**

**Philipps-Universität Marburg**

**Wilhelm-Röpke-Str. 6**

**35032 Marburg**

## Einleitung

*„Im übrigen ist Norwegen (...) eine Versuchsanordnung unter extremen (...) Bedingungen. Niemand weiß, was aus diesem Abenteuer herauskommen wird (...). Norwegen, diese Extravaganza an der Peripherie Europas, zwischen Ölterminal und Sommerhütte, Einödhof und Glasarchitektur, Kapitalexport und Gottesfrieden, ist nicht das irdische Paradies, sondern ein Monument des Eigensinns, und eine maulende Idylle.“*

*Hans Magnus Enzensberger (1987: 314f)*

Diese Eindrücke norwegischer Lebenskultur, die Enzensberger bereits 1987 in seiner philosophischen Reise „Ach Europa!“ notierte, haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Diese Zeilen könnten auch erst gestern verfaßt worden sein. Das „Abenteuer“ setzt sich auch ein Jahrzehnt später fort.

1994 votierte die norwegische Bevölkerung gegen einen Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union. Über 52 Prozent stimmten in einem Referendum am 27. und 28. November mit Nein. Damit ist Norwegen bisher das einzige Land, das eine Mitgliedschaft abgelehnt hat; und dies nicht zum ersten Mal: Bereits 1972 fand ein Referendum über diese Frage statt. Auch damals war die Bereitschaft, einen Beitritt zu unterstützen, gering. Das Land kann und will den Status als „Extravaganza an der Peripherie“ offenbar nicht ablegen.

Dieser „Eigensinn“ verwundert um so mehr in einer Zeit, in der eine ganze Reihe europäischer Staaten vehement in die Europäische Union drängen und Beitrittsanträge gestellt haben. Offensichtlich ist die Anziehungskraft der EU größer denn je. Die ökonomische und politische Morphologie Europas hat sich durch den „Sieg“ des Kapitalismus über den Sozialismus seit 1989 grundlegend verändert. Die Staaten Mittel- und Osteuropas unternehmen jede Anstrengung, dem nationalen Ziel einer Mitgliedschaft näher zu kommen, um so die Unumkehrbarkeit des Transformationsprozesses festzuschreiben. Die Hürden, die es dabei zu überwinden gilt, sind allerdings beträchtlich. Denn der Beitritt scheint für die EU-Staaten doch mit erheblichen Transferzahlungen verbunden zu sein. Vollkommen anders stellt sich die Situation für Norwegen dar: Die Verhandlungen waren bereits abgeschlossen, und die EU freute sich auf einen weiteren Nettozahler aus dem Norden. Doch in den Augen der norwegischen Bevölkerung dominierten die Nachteile einer Integration.

In den meisten Analysen des Referendums wird der Wohlfahrtsstaat zur Erklärung der ablehnenden Haltung der norwegischen Bevölkerung herangezogen. Von den Kritikern des Wohlfahrtsstaates ist zu hören, daß dieser ein ausuferndes Anspruchsdenken erzeugt habe. Andere skizzieren ein romantisches Bild: Danach ist die Bevölkerung ausgezogen, um *ihren* Wohlfahrtsstaat zu retten. Kann also das Nein zur EU auch als

ein stärkeres Signal des Aufbegehrens gegen eine neoliberale Hegemonie, gegen ein soziales Klima der „Kälte“ begriffen werden? War das Nein zur EU also ein Votum für den Wohlfahrtsstaat?

Eine kritische Analyse des Zusammenhangs von wohlfahrtsstaatlichem Regime und dem Ausgang des Referendums von 1994 muß sich allerdings von der rein normativen Ebene trennen, die bereits in Esping-Andersens Typologie der Wohlfahrtsstaaten deutlich wird: schließlich ging es nicht nur abstrakt um das universalistisch-egalitär orientierte Leitbild der wohlfahrtsstaatlichen Regulation (Bieling 1995: 25; vgl. Esping-Andersen 1990). Aufschlußreicher dürfte es sein, sich den konkreten Befürchtungen und damit auch den potentiellen Konflikten und Widersprüchen, die den Ausgang der Volksabstimmung entscheidend beeinflußt haben, zuzuwenden.

Grundannahme dieser Untersuchung ist die Vermutung, daß das wohlfahrtsstaatliche Regime die gesellschaftlichen Konfliktlinien in spezifischer Weise beeinflußt. Der „fordistische Klassenkompromiß“ wurde während der Golden-Age-Periode weithin als die „politische Lösung gesellschaftlicher Widersprüche“ betrachtet (vgl. Offe 1984). Politische und soziale Auseinandersetzungen formten die staatlichen Institutionen. In diesem Sinne bezeichneten Narr und Offe die regulativen Politikstrukturen auch als „Auffangmechanismen“ der gesellschaftlichen Klassengegensätze (1975: 16ff). Dieser Auffassung liegt ein nicht ökonomistisch-reduktionistisches Klassenverständnis zugrunde. Verschiedene gesellschaftliche Widersprüche - z.B. ökonomische, politische und zivilgesellschaftliche - überlagern sich gegenseitig und formieren so eine vielschichtige, fraktionierte Klassenstruktur. Eine Gesellschaftsformation stellt keine Totalität dar, „in der eine einfache ‘Identität’ zwischen ihren verschiedenen Ebenen besteht und die Überbauphänomene bloße ‘Epiphänomene’ [...] sind. Es handelt sich vielmehr um eine notwendig komplexe Einheit - ein ‘Ensemble’, das selbst das Resultat vieler Determinationen ist, eine Einheit, die vor allem durch ihre Ungleichheit charakterisiert ist“ (Hall 1989: 19). Die staatlichen Institutionen sind ihrerseits sowohl Ausdruck als auch Bedingung für eine Vielzahl von Konflikten. Deren Bearbeitung wird allerdings seit den achtziger Jahren durch die Aushöhlung der Sozial- und Wohlfahrtsstaaten zunehmend erschwert.

Ausgehend von diesen Grundüberlegungen wird im ersten Teil das „cleavage“-Modell Stein Rokkans vorgestellt. Der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie prägte die norwegische Politik bis zum Zweiten Weltkrieg. Rokkan hat die ihm zugrundeliegenden Spannungslinien herausgearbeitet. Diese beeinflussen die politischen Auseinandersetzungen bis in die Gegenwart. Auch das EU-Referendum von 1994 stand im Schatten dieser „cleavages“.

Um die Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens zu analysieren, wird im zweiten Teil die Entwicklung des norwegischen Wohlfahrtsstaates analysiert. Dabei wird der Frage nachgegangen, inwieweit die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen tatsächlich eine „poli-

tische Lösung gesellschaftlicher Widersprüche“ darstellen? Wie wirkt das wohlfahrtsstaatliche Regime auf die im ersten Teil herausgearbeiteten Konfliktlinien?

Mindestens genauso wichtig sind die Folgen eines möglichen Beitritts Norwegens zur EU. Auch der norwegische Wohlfahrtsstaat würde dabei unter verstärkten Anpassungsdruck geraten. Im Mittelpunkt des Kapitels stehen dabei die „cleavages“ und die entsprechenden wohlfahrtsstaatlichen Institutionen.

# 1. Der Zentrum-Peripherie-Konflikt

Bereits das Ergebnis der ersten Zwei-Parteien-Wahl in Norwegen 1882 zeigte starke Unterschiede im Wahlverhalten zwischen den städtischen Metropolen und den ländlichen Peripherien. Während in den ländlichen Gebieten 47,2 Prozent der Wähler die politische „Linke“ und nur 22 Prozent die „Rechte“<sup>1</sup> unterstützten, dominierten in den Städten fast genauso deutlich die rechten Parteien. Auch nach 1905, dem Jahr der Unabhängigkeit Norwegens, prägten die regionalen Unterschiede die Parlamentswahlen. Die Arbeiterpartei<sup>2</sup> erlangte zu Beginn dieses Jahrhunderts in den ländlichen Wahlkreisen nicht einmal halb so viele Stimmen wie in den Städten. Keine Partei konnte in ganz Norwegen Wahlerfolge erzielen. Rokkan beschreibt das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie als eine dichotomische Struktur, die auch die politischen Auseinandersetzungen bis zum Zweiten Weltkrieg prägte.

## 1.1. Stein Rokkans „cleavage“- Modell

Stein Rokkan hat das Spannungsverhältnis und die Kontraste zwischen verschiedenen Regionen untersucht und dabei fünf für die norwegische Gesellschaft fundamentale Spannungslinien herausgearbeitet: die territoriale, die sozio-kulturelle, die religiöse und die ökonomische, die sowohl auf dem Waren- als auch auf dem Arbeitsmarkt sichtbar ist (vgl. Rokkan/Valen 1964, Rokkan/Urwin 1983, Rokkan u.a. 1987). Diese „cleavages“ strukturierten die Herausbildung des norwegischen Parteiensystems und wirken auch heute noch.<sup>3</sup>

1. Die *territoriale Spannungslinie* verläuft zwischen der Hauptstadt und den Provinzen, dem geographischen Zentrum und der Peripherie. Die weiten Entfernungen innerhalb Norwegens erschweren den Zusammenhalt und damit auch die Entstehung einer einheitlichen norwegischen Identität. Allerdings verringerte die Entwicklung moderner Medien in der Nachkriegszeit die Kommunikationsdistanz innerhalb des Landes (vgl. Bjørklund 1991). Die Verbreitung von Fernsehen, Radio

---

1 Die Bezeichnungen „Linke“ und „Rechte“ sind von Stein Rokkan übernommen (1964: 202). Einzelne Parteinamen für die frühen Wahlen in Norwegen wurden von ihm nicht angeführt.

2 DNA - Den Norske Arbeiderparti

3 Das „cleavage“-Modell Stein Rokkans entstand im Rahmen seiner vergleichenden Analyse westeuropäischer Parteiensysteme. Die fünf Konfliktstrukturen sind also kein speziell norwegisches, sondern ein allgemeines Phänomen, da sie auch die Ausgestaltung anderer nationaler Parteiensysteme strukturierten. Die Herausbildung dieser Konfliktstrukturen läßt sich auf zwei Entwicklungen zurückführen: die Bürgerliche Revolution (bzw. die Auseinandersetzung um die nationale Selbständigkeit) und die Industrielle Revolution. Nach Rokkan sind die nationalen Parteiensysteme „Ausdruck der Gerinnung“ der jeweils fundamentalen gesellschaftlichen Konflikte. Für eine weitergehende Einführung in diese Thematik vgl. Lipset/Rokkan (1967). Aus der traditionell für Skandinavien im Gegensatz zum übrigen Europa typischen starken Stellung der Bauernpartei (*Senterpartiet*) und einer christlichen Partei (*Kristelig Folkeparti*), die einen kleinen aber stabilen Stimmenanteil für sich verbuchen kann, lassen sich auch Rückschlüsse auf die überdurchschnittliche gesellschaftliche Bedeutung dieser Konflikte ziehen.

und Telefon trug mit dazu bei, daß die territoriale Spannungslinie mehr und mehr an Bedeutung verlor.

2. Die *sozio-kulturelle* Komponente besteht aus dem Gegensatz zwischen den gebildeten, europäisierten und den national orientierten Teilen der Bevölkerung. Offen zu Tage trat dieser Konflikt auf der Ebene der von Rokkan als „counter-cultures“ bezeichneten gesellschaftlichen Bewegungen zu Beginn dieses Jahrhunderts, der „nynorsk“-Bewegung<sup>4</sup> und der Abstinenzlerbewegung. Angesichts der Auflösung traditioneller lokaler Gemeinschaften konnten sie als Versuche einer „defensiven Isolation“ betrachtet werden (vgl. Rokkan 1987).
3. Der *religiöse Konflikt* drückt sich in dem Nebeneinander der säkularisiert-liberalen Bevölkerungsschichten in den Städten und der fundamental-orthodoxen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten aus. Seit Ende des 19. Jahrhunderts verlor dieser Konflikt zwar ebenfalls an Bedeutung, doch zusammen mit dem sozio-kulturellen entstand aus ihm die Auflehnung gegen die „fremde“ - dänische und schwedische - Herrschaft, die 1905 zur Unabhängigkeit führte.
4. Die unterschiedlichen Interessen der Käufer und Verkäufer von primären Erzeugnissen beschreibt die *Spannungslinie auf dem Agrargütermarkt*. Diese Einstufung als eine der fünf Hauptkonfliktstrukturen ist Ausdruck der Sonderstellung des norwegischen Agrarsektors. Seine Funktion für die Staatsentstehung und sein im europäischen Vergleich überdurchschnittlicher politischer Einfluß ist charakteristisch für die skandinavischen Staaten.
5. Zuletzt erwähnt Rokkan den *Gegensatz auf dem Arbeitsmarkt*, den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Die lohnabhängigen und eigentumslosen Arbeiter stehen den Eigentümern an Produktionsmitteln gegenüber. Innerhalb dieses Konfliktbereiches betrachtet Rokkan auch die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern mit unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Lohnniveaus. Aufgrund der außerordentlich hohen Spannungspotentiale bedürfen beide Gegensätze besonderer Beachtung. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates nach dem Zweiten Weltkrieg diente speziell auch der Abschwächung dieser Konfliktlinien.

Die Spezifik der norwegischen und - mit Einschränkungen - der skandinavischen „cleavage“-Strukturen besteht darin, daß sich einige „cleavages“ überlagern und verstärken. Dagegen haben sich in den meisten anderen westeuropäischen Staaten „cross-cutting cleavage“-Strukturen herausgebildet (vgl. Lipset/Rokkan 1967). Im Kern verdichten sich die Spannungslinien der norwegischen Gesellschaft zu zwei großen Konflikten - dem ökonomischen und dem kulturell-religiösen Konflikt. Nach wie vor

---

<sup>4</sup> Ein Ausdruck für die Unabhängigkeitsbestrebungen der Norweger im 19. Jahrhundert war die Entwicklung einer „eigenen“ Sprache, einer Mixtur regionaler Dialekte, die sich von der dänischen Sprache als der Herrschaftssprache abhob.

variiert allerdings ihre Ausprägung in den verschiedenen Regionen der Peripherie. Im Norden dominiert der ökonomische Konflikt, während im Süden die kulturell-religiösen Unterschiede besonders stark sind. Diese Einteilung darf allerdings nicht als strikte Trennung interpretiert werden: So ist die kulturell-religiöse Peripherie im Südwesten ebenfalls ökonomisch rückständig, genauso wie im Norden kulturelle Gegensätze zu den städtischen Zentren festzustellen sind. Gemeinsam ist beiden Fraktionen der Peripherie – der kulturell-religiösen und der ökonomischen - ihre Machtlosigkeit, Einflußlosigkeit und Armut (Rommetvedt 1992: 97). Die Trennung zwischen den Peripherien sei hier nur kurz erwähnt, da im weiteren Teil der Untersuchung der Schwerpunkt auf den sozialökonomischen Gegensätzen liegt und die Bedeutung der kulturellen und religiösen Gegensätze nach dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich abnahm (Rokkan 1964).<sup>5</sup> Wenn nachfolgend von „der“ Peripherie die Rede ist, bezieht sich dies vor allem auf die sozialökonomischen Faktoren.

Der Gegensatz zwischen Peripherie und Zentrum ist ein historisch gewachsener Konflikt, der sich in den Wahlergebnissen bis 1945 deutlich niederschlug und tief in der norwegischen Gesellschaft verwurzelt ist. Von der Existenz einer einheitlichen und übergreifenden norwegischen Identität kann für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg daher nur mit Einschränkungen gesprochen werden.

## 1.2. Die Wahlen nach dem Zweiten Weltkrieg

In den Wahlen und politischen Auseinandersetzungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verlor der Zentrum-Peripherie-Konflikt kontinuierlich an Bedeutung: „Norwegian parties are - or rather were - organized along divisions of class, culture and geography, but over time both class and geography have become less important determinants of voting behaviour and party identifications”(Peter Flora, zitiert n. Schulte 1991: 560). Die Ausgestaltung des norwegischen Wohlfahrtsstaates stand im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen und sorgte für eine Überlagerung der traditionellen Gegensätze. In den sechziger Jahren dominierten außenpolitische Fragen die politischen Diskussionen in Norwegen, wie z.B. die Beziehungen zur Sowjetunion. Zu Beginn der siebziger Jahre lösten die ersten Ölfunde eine breite sozialwissenschaftliche und ökonomische Diskussion über die Auswirkungen der Ölförderung aus.

---

<sup>5</sup> Trotz der abnehmenden Bedeutung des kulturell-religiösen Konfliktes wird an dieser Stelle ein weiterer interessanter Aspekt deutlich. Noch zu Beginn des Jahrhunderts war diese Konfliktlinie wesentlich bedeutender. Es bildeten sich regionale Identitäten heraus, die in der Unabhängigkeitsbewegung eine entscheidende Rolle spielten.

Für das Verständnis der aktuellen Entwicklung wäre es interessant zu klären, welche Rolle die regionalen Identitäten heute spielen. Vielleicht ließe sich auf diesem Wege die von Huseby/Listhaug (1995) konstatierte außerordentlich geringe Identifikation der norwegischen Bevölkerung mit Europa zumindest teilweise erklären.

Der Zentrum-Peripherie Konflikt brach erst 1972 bei der ersten Volksabstimmung über eine norwegische Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft wieder auf. Norwegen erlebte den härtesten politischen Kampf seit dem Zweiten Weltkrieg (Kuhnle 1992: 15). Die EG-Frage spaltete das norwegische Volk, und die regionalen Unterschiede traten wieder deutlich hervor. Mit über 53 Prozent Neinstimmen wurde der Beitritt zur EG abgelehnt. Nur in Oslo und der näheren Umgebung des Zentrums stimmte eine Mehrheit mit Ja. In den restlichen Regionen - am stärksten in den ländlichen Gebieten Nordnorwegens - waren die Gegner eindeutig in der Überzahl. Die traditionellen „cleavage“-Strukturen der norwegischen Gesellschaft und Politik spielten, so die Analyse des Abstimmungsergebnisses, offenbar wieder eine bedeutsame Rolle (vgl. Valen 1973).

Die Volksabstimmung blieb für die Parteienlandschaft nicht ohne Folgen: Ministerpräsident Bratteli von der regierenden Arbeiterpartei trat zurück. Seine Partei verlor in der *Storting*-Wahl 1973, die von den Nachwirkungen des Referendums geprägt war, ein Viertel ihrer Stimmen (ca. zehn Prozent). Für die liberale Partei *Venstre* hatte die Auseinandersetzung über die europäische Integration noch ernstere Folgen. Sie führte zu einer Spaltung der Partei, die seitdem in der norwegischen Politik nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Nach diesen negativen Erfahrungen war das Thema einer EG-Mitgliedschaft für die politischen Eliten in den nächsten zwei Jahrzehnten tabu. Die politische Situation normalisierte sich trotz dieser Turbulenzen allerdings recht schnell wieder. Nachdem die Europa-Frage von der Tagesordnung verschwunden war, traten auch die regionalen „cleavage“-Strukturen wieder in den Hintergrund.

### **1.3. Das EU-Referendum 1994**

Erst Ende der achtziger Jahre wurde die Frage des Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft wieder aufgeworfen. Zwei Faktoren spielten dabei eine entscheidende Rolle. Als erstes ist die schwedische Kontaktaufnahme mit der EG zu nennen. Nach jahrzehntelanger politischer Zusammenarbeit, in der unter anderem auch die Grenzkontrollen stark reduziert wurden, war eine EU-Außengrenze zwischen den beiden skandinavischen Staaten für die meisten Norweger undenkbar. Die Entscheidung der schwedischen Regierung, Verhandlungen mit Brüssel aufzunehmen, diente den norwegischen Eliten als Legitimation für eine erneute Annäherung an die Europäische Gemeinschaft, d.h. für den Versuch, das Trauma der norwegischen Sozialdemokratie von 1972 zu überwinden. Der zweite Faktor war die wachsende Anziehungskraft der EG durch die Vollendung des Binnenmarktes. Innerhalb einer sich verschärfenden Triadenkonkurrenz belebte das Binnenmarktprojekt die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses erheblich. Vor diesem Hintergrund nahm denn auch die norwegi-

sche Regierung Anfang der neunziger Jahre Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft auf.<sup>6</sup>

Die „europäische Frage“ dominierte bereits die *Storting*-Wahl 1993. Aufgrund der Erfahrungen der siebziger Jahre versuchte die regierende Arbeiterpartei unter der Führung der Ministerpräsidentin Brundtland, diese Frage nicht zum Hauptthema ihres Wahlkampfes werden zu lassen. Die Führung der Arbeiterpartei unterstützte zwar einen Beitritt, legte aber keine einheitliche Position für die Partei fest, um die heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht auf die Parteiebene übergreifen zu lassen. Eine neutrale Haltung sollte die Position der *DNA* gegenüber negativen Nachwirkungen der EU-Auseinandersetzungen sichern. Statt dessen stand die Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Die *DNA* verwendete einen Großteil ihrer Anstrengungen darauf, ihre Kompetenz in diesem Politikfeld herauszustellen. So gelang es der Partei, sich der emotional geführten öffentlichen Debatte, die sich fast ausschließlich auf Fragen des Beitrittes konzentrierte, zu entziehen.

Die von den Auseinandersetzungen über eine EU-Mitgliedschaft geprägte *Storting*-Wahl führte zu tiefgreifenden Veränderungen in der Parteienlandschaft: Die konservative Partei (*Høyre*), Befürworterin einer Mitgliedschaft, verlor ein Drittel ihrer Sitze und damit ihre Position als traditionell zweitstärkste Kraft an die Zentrumspartei (*Senterpartiet*)<sup>7</sup>, die parlamentarische Repräsentation der Beitrittsgegner. Unter der Führung ihrer Vorsitzenden Anne Inger Lahnstein verdreifachte diese ihren Stimmenanteil und fand erstmals breite Unterstützung in den nicht-ländlichen und nicht-agrarischen Bevölkerungsschichten. Nur die Arbeiterpartei blieb von diesen Veränderungen fast unberührt - wohl ein Erfolg ihrer neutralen Haltung. Die *Storting*-Wahl stand eindeutig im Schatten des folgenden Referendums.<sup>8</sup>

Die innerparteilichen Kontroversen stellten im Vorfeld des Referendums nur eine nachgeordnete Dimension des Konfliktes dar. Die Anti-EG-Kampagne wurde hauptsächlich mit Unterstützung der „integrationsfeindlichen“ Zentrumspartei von der größten Bürgerbewegung *Nej til EU* organisiert, die über mehr Mitglieder verfügte als die etablierte Arbeiterpartei. Die konservative *Høyre* und einige Wirtschaftsverbände - hauptsächlich von exportorientierten Sektoren - engagierten sich für eine EU-Mitgliedschaft. Der norwegische Gewerkschaftsbund *LO* distanzierte sich zwar von einer Mitgliedschaft, doch der Entscheidungsprozeß wurde von erheblichen Unstimmigkeiten

---

<sup>6</sup> Trotz der Vorsicht, mit der alle politisch Beteiligten zu Werke gingen, zerbrach 1990 die bürgerliche Koalition unter Ministerpräsident Jan P. Syse an der Wiederaufnahme der Diskussionen um eine mögliche norwegische Mitgliedschaft.

<sup>7</sup> Die heutige Zentrumspartei ging in den 60er Jahren aus der Argrpartei hervor und vertritt noch heute die Interessen der Landbevölkerung.

<sup>8</sup> Ergebnis der Wahl 1993 - Verteilung der Sitze (in Klammern Veränderungen gegenüber der letzten Wahl, 1989): *DNA* - 67 (+4), *Høyre* - 28 (-9), *Senterpartiet* - 32 (+21), *Kristelig Folkeparti* - 13 (-1), *Fremskrittpartiet* - 10 (-12).

begleitet. Auf dem eigens zu dieser Frage einberufenen außerordentlichen Kongreß am 22. September 1994 lehnte die Basis einen Antrag des Vorstandes, den Beitritt zu unterstützen, ab (vgl. FAZ 23.9.1994).

Die Entscheidung über einen Beitritt spaltete das Volk in zwei klar konturierte, emotional aufgeladene Blöcke (vgl. Mehner 1995). Die norwegische Bevölkerung stimmte am 27. und 28. November 1994 mit über 52 Prozent gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft.<sup>9</sup> Das Abstimmungsergebnis wies deutliche Parallelen mit dem Ausgang des Referendums von 1972 auf. Offensichtlich sind die Einstellungen der norwegischen Bevölkerung gegenüber der europäischen Integration über zwei Jahrzehnte außerordentlich stabil geblieben.

Welche Konflikte liegen nun dieser ablehnenden Haltung der norwegischen Bevölkerung zugrunde? Spielen die traditionellen Rökkanschen „cleavages“ eine Rolle? Die Bestimmungsgründe für das Wahlverhalten könnten aufschlußreiche Hinweise geben. Pettersen/Jenssen/Listhaug (1995: 19) haben nachgewiesen „that the location of the individual in the cleavage structure is important for the vote in the referendum“. Vier Kategorien treten dabei in den Vordergrund: Neben der geographischen Lage und der sozioökonomischen Situation sind auch die sektorale Beschäftigungsentwicklung und das Geschlecht von Bedeutung.

1. Ein Charakteristikum des Referendums von 1994 waren die regionalen Disparitäten im Abstimmungsergebnis. Die Befürworter dominierten nur in den wenigen Zentren in der Umgebung des Oslofjords. In den weiter entfernten Wahlkreisen (identisch mit den *fylker*) errang die Gegnerschaft jeweils klare Siege. In Oslo sprachen sich nahezu 67 Prozent der Beteiligten für eine EU-Mitgliedschaft aus. Dagegen stimmten im nördlichsten Wahlkreis, der Finnmark, nur knapp 26 Prozent mit Ja. Aber auch innerhalb der Regionen waren Unterschiede erkennbar. Die Bewohner urbaner Gebiete stimmten ebenfalls signifikant häufiger für einen Beitritt als ihre ländlichen Nachbarn. Diese beiden Spannungslinien repräsentieren den Gegensatz von Peripherie und Zentrum in der geographischen Dimension. Das Ergebnis von 1994 wies in dieser Hinsicht die gleiche Signifikanz wie das Referendum von 1972 auf, obwohl der Anteil der Bevölkerung in den peripheren Regionen an der Gesamtbevölkerung Norwegens in der Zwischenzeit zurückgegangen war. Kompensiert wurde diese Entwicklung durch eine höhere Mobilisierung der Wähler in diesen Stimmbezirken (Pettersen/Jenssen/Listhaug 1995: 9).

---

<sup>9</sup> Beachtenswert sind die Wechselwirkungen der Volksabstimmungen bei den drei nordischen Beitrittskandidaten. Jahn/Storsved (1995) prägen hierfür den Begriff der Domino-Strategie der politischen Eliten. Durch ein Ja der Finnen, die die positivste Einstellung zu Europa hatten, sollten zuerst die Schweden und dann die Norweger in die EG „gezogen“ werden. Der Einfluß der beiden im Vorfeld beigetretenen Länder macht die Ablehnung der norwegischen Bevölkerung nur noch bemerkenswerter.

2. Weiterhin beeinflusste der sozioökonomische Status das Wahlverhalten; je privilegierter die Stellung, desto größer war die Bereitschaft, einen Beitritt zu unterstützen. Signifikante Variablen waren hier das Einkommens- und das Bildungsniveau (Bjørklund 1994: 20ff., 1995: 28ff). Die untersten Schichten, die zumeist stärker von den distributiven und redistributiven Institutionen des Staates abhängig sind, erwiesen sich als klare Gegner einer Integration. Der Konflikt um die Mitgliedschaft stand demnach stark im Zeichen des Gegensatzes von Bevölkerung und Elite.<sup>10</sup>
3. Auch zwischen Frauen und Männern lassen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich des Wahlverhaltens feststellen. Der weibliche Bevölkerungsteil stand einer Integration weitaus skeptischer gegenüber als der männliche. In den Meinungsumfragen des *MMI-Instituts*<sup>11</sup> von 1991 und 1994 lag die Unterstützungsquote der Männer durchschnittlich um 12 bis 15 Prozent über der der Frauen. Während die Haltung der Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum starken Schwankungen unterworfen war, wies die Differenz zwischen den Geschlechtern in der Einstellung zu Europa eine erstaunliche Konstanz auf (Bjørklund 1994: 18ff.). Dieser Abstand reduzierte sich auch in der Abstimmung vom 27. und 28. November nur unwesentlich: Während 52 Prozent der Männer mit Ja votierten, stimmten nur 43 Prozent der Frauen für den Beitritt.<sup>12</sup>
4. Schließlich lassen sich Unterschiede zwischen den Beschäftigten des öffentlichen und des privaten Sektors erkennen. Bei einem Vergleich der Sektoren fällt auf, daß die Bediensteten des immens gewachsenen öffentlichen Sektors deutlich weniger bereit waren, einen Beitritt Norwegens zu unterstützen, als ihre „Kollegen“ des privaten Sektors. Der große öffentliche Sektor ist ein herausragendes Element norwegischer Wohlfahrtspolitik (vgl. Kap. 2).

Die beiden ersten Merkmale, die regionale Komponente und der sozioökonomische Status, sind nahezu identisch mit Rokkans „cleavages“, den Bestimmungsfaktoren des traditionellen Zentrum-Peripherie Konfliktes. Allerdings wäre eine Reduktion der Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses auf die Reproduktion der alten Spannungslinien zu einfach. Neue Konflikte sind aufgetreten und haben die alten Konfliktstrukturen modifiziert. Die Variablen „Beschäftigungssektor“ und „Geschlecht“ haben die Liste der Einflußfaktoren der Wahlergebnisse erweitert und repräsentieren gleichzeitig die ökonomischen und sozialen Veränderungen in der norwegischen Gesellschaft seit den siebziger Jahren. Diese „neuen“ cleavages sind zudem eng miteinander verbunden, da im öffentlichen Sektor überdurchschnittlich viele Frauen tätig sind. Durch die Dezentralisierung des öffentlichen Sektors befindet sich eine Vielzahl dieser neuge-

---

10 Bjørklund (1994: 22) prägte für diesen Zusammenhang den Ausdruck „grassroots versus elites“.

11 Umfrageergebnisse des *MMI-Instituts* siehe Bjørklund (1994), weitere Befragungen mit ähnlichen Ergebnissen Moen/Øyangen/Jenssen (1995).

12 Dagbladet, 29.11.1994.

schaffen Arbeitsmöglichkeiten in den peripheren Regionen. Trotz - oder sogar aufgrund - der Modifizierungen der Rokkanschen „cleavage“-Struktur entspricht diese dem traditionellen, aber immer noch aktuellen Gegensatz zwischen den proeuropäischen Metropolen und den euroskeptischen Regionen. Die neuen Spannungslinien sind nur Ausdruck der sozioökonomischen und soziokulturellen Veränderungen der Nachkriegszeit.

Das Referendum vom 27. und 28. November läßt sich also erneut als Triumph der Peripherie über das Zentrum, sowie als Ausdruck einer außerordentlichen Stabilität der europapolitischen Orientierungen interpretieren. Einzig die politischen „Nachwirkungen“ weisen Unterschiede zum Referendum von 1972 auf. Ähnlich nachhaltige Konsequenzen für die Regierungspartei blieben bisher aus - wohl ein Erfolg der „Strategie der Neutralität“.<sup>13</sup> In beachtlich kurzer Zeit hat sich die politische Situation - trotz der zeitweise tiefen Spaltung der Nation in zwei Blöcke - wieder „normalisiert“. Die europapolitische Polarisierung der Gesellschaft verliert für die innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen wieder an Bedeutung.

---

<sup>13</sup> Die Uneinigkeit und Zersplitterung der Oppositionsparteien ist ein Grund für die unangefochtene Stellung der *DNA*. Es fehlen politische Alternativen, da sich deren „Kompetenz“ auf die Europa-Frage beschränkt; auch die 1993 so erfolgreiche Zentrumspartei versucht vergeblich, die gewonnene Stärke und Kompetenz auf andere Politikfelder zu transformieren. Sie ist gefangen in der EG-Frage (vgl. Müller 1995). Der Wechsel an der Regierungsspitze 1996 von Gro Harlem Brundtland zu Thorbjørn Jagland ist wohl weniger damit zu begründen, daß ihr Beliebtheitsgrad signifikant gesunken war, sondern vielmehr damit, daß ihrem doch etwas blassen Nachfolger die Chance gegeben werden sollte, sich als Regierungschef zu profilieren, bevor er sich zur Wahl stellen mußte.

## 2. Die Entwicklung der Wirtschaft und des Wohlfahrtsstaates seit 1945

In den Zeiten des Wiederaufbaus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzte sich, gestützt auf ein Gemeinschaftsprogramm aller Parteien eine fordistische Wirtschaftspolitik durch, die unter den Prämissen des wirtschaftlichen Wachstums und der Verbesserung des materiellen Lebensstandards die Wahrung der Vollbeschäftigung und eine gerechte Umverteilung zum Hauptziel hatte. Es entstand ein Wohlstandskapitalismus, der wettbewerbliche Elemente zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums mit wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien und einer gerechten Verteilung des wirtschaftlichen Wachstums vereinigte (Hagtvet/Rudeng 1988: 302ff). Charakteristisch für die sozialpolitische Gerechtigkeit des skandinavischen Wohlfahrtsstaates ist das breite Netz an Sozialversicherungen, das in der Nachkriegszeit institutionalisiert wurde: 1956 wurde die allgemeine Sozialversicherung, 1957 die Rentenversicherung und 1959 die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Nach Esping-Andersen ist der dadurch gestiegene Grad der „decommodification“ der Gesellschaft ein wichtiges Merkmal des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates (vgl. Esping-Andersen 1990). So orientieren sich die sozialen Systeme vor allem am Staatsbürgerstatus und sind deutlich weniger erwerbsarbeitszentriert als andere vergleichbare Wohlfahrtsregime.

Der breite parlamentarische<sup>14</sup> und außerparlamentarische Konsens über das antizyklische und staatsinterventionistische Wirtschaftsprogramm der Arbeiterpartei stützte sich hauptsächlich auf drei Pfeiler (vgl. Esping-Andersen 1986): Erstens wurde die breit angelegte Industriepolitik, die den Aufbau der nach dem Zweiten Weltkrieg darniederliegenden Industrie Norwegens durch Subventionen, günstige Kredite und staatliche Eingriffe fördern sollte, auch von den Konservativen und den Arbeitgeberverbänden mitgetragen. Der zweite Pfeiler ruhte auf dem aus den Kriegserfahrungen (Versorgungsengpässe durch Blockaden) entstandenen elementaren Prinzip der norwegischen Agrarpolitik: der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Die Löhne der ländlichen Bevölkerung sollten durch direkte Preiskontrollen und Preisfestsetzungen angehoben werden. Dem Interesse der dritten wichtigen Einflußgruppe, der Arbeiterbewegung, wurde dadurch Rechnung getragen, daß die Wirtschaftspolitik dem Ziel der Vollbeschäftigung verpflichtet sein sollte. Über eine disziplinierte Lohnentwicklung und moderate Preissteigerungen sollte diese Zielsetzung gestützt werden. Wenn dabei der Marktmechanismus für bestimmte, als elementar eingestufte Bedürfnisse oder Güter

---

<sup>14</sup> Hatvegt/Rudeng (1990) beurteilen die Einführung der allgemeinen Sozialversicherung 1966 durch eine konservative *Høyre*-Regierung als Symbol der außerordentlichen Solidarität innerhalb Norwegens. Hirsch/Roth (1986: 66ff) halten dagegen die Beteiligung einer konservativen Regierung an der Ausgestaltung des Sozialstaats für wenig verwunderlich: „Der strukturelle Zusammenhang von fordistischer Akkumulationsstrategie und Sozialstaat kann (...) erklären, weshalb durchaus auch konservative Regierungen an seinem Ausbau mitgewirkt haben und dieser von relevanten Kapitalgruppen durchaus geduldet wurde.“ Der Sozialstaat wurde allgemein als ein adäquates Instrument zur Sicherung der institutionellen Grundlagen des Kapitalismus akzeptiert.

modifiziert bzw. aufgehoben wurde, so entsprach dies nicht zuletzt den Interessen der Arbeiterbewegung (Hagtvet/Rudeng 1988: 302). Staatliche Preiskontrollen waren ein Mittel, um die Zustimmung der Gewerkschaften für eine restriktive Lohnpolitik zu erreichen (Esping-Andersen 1986: 217).

Die wohlfahrtsstaatliche Expansion wurde dabei erheblich durch die positive wirtschaftliche Entwicklung der Nachkriegszeit gefördert. Seit den 50er Jahren erlebte die norwegische Wirtschaft ein ununterbrochenes und überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum. Heute liegt das BIP pro Kopf zehn Prozent über dem europäischen Durchschnitt. Diese positive Entwicklung zeichnet die norwegische Ökonomie besonders in den Jahren nach 1970 aus - in einer Zeit also, in der fast alle Industrieländer mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatten. Weltweit begann der Motor des Golden-Age-Fordismus - Wirtschaftswachstum durch Massenproduktion und Massenkonsum - zu erlahmen. Die meisten der westlichen Ökonomien hatten mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen, vor allem mit der steigenden Arbeitslosigkeit, zu kämpfen. In den achtziger Jahren lösten dann neoliberale Politikmuster die nachfragestützende Wirtschaftspolitik ab. Allerdings erwiesen sich auch diese Strategien zur Bewältigung der ökonomischen Krisen als wenig erfolgreich. Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und die wachsenden sozialen Unterschiede sind nur einige Phänomene der „Krise des Fordismus“ (vgl. Amin 1994). Norwegen erlebte dagegen auch noch in dieser Zeit ein recht stabiles wirtschaftliches Wachstum, das es ihm gestattete, viele seiner wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften beizubehalten.

## **2.1. Gegen den internationalen Trend: Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Norwegen**

Die Antriebskräfte der norwegischen Nachkriegswirtschaft waren - und sind noch heute - der Ölsektor und der staatliche Dienstleistungssektor. Der Höhepunkt des ununterbrochenen Wirtschaftswachstums in den Jahren zwischen 1966 und 1978 fiel mit der Expansion des Ölsektors zusammen.

Noch zu Beginn der siebziger Jahre spielte der Ölsektor für die norwegische Wirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Zwischen 1962 und 1970 waren nur 0,6 Prozent der Beschäftigten in diesem Sektor tätig; der Anteil an den Gesamtinvestitionen lag in dieser Zeit unter drei Prozent. Nicht einmal ein Prozent des BIP wurde in diesem Bereich erwirtschaftet. Erst Mitte der siebziger Jahre näherte sich der Offshore-Bereich seiner heutigen Bedeutung - unterbrochen nur von einer Phase sinkender Ölpreise zu Beginn der achtziger Jahre. Auch 1991 lag der Anteil der Beschäftigten nur bei 1,1 Prozent. Allerdings erwirtschafteten sie über 13 Prozent des BIP; und - vielleicht noch bedeutender - mehr als zwanzig Prozent der Investitionen wurden in diesem Bereich getätigt (Tab. 2). Zu Beginn der achtziger Jahre, dem Höhepunkt des wirtschaftlichen

Wachstums, betrug der Anteil des Ölsektors an den gesamten Staatseinnahmen nahezu zehn Prozent.<sup>15</sup> Ende der achtziger Jahre sank er durch den Ölpreisverfall auf drei Prozent. Dies führte zu einer Krise der gesamten norwegischen Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an, und der Außenhandelsüberschuß verwandelte sich in ein Defizit. Doch bereits wenige Jahre später erholten sich die internationalen Rohstoffpreise wieder, und der Ölsektor sorgte erneut für steigende Staatseinnahmen. In dieser Schwankung spiegelt sich allerdings auch die Ambivalenz des Ölsektors für die Volkswirtschaft wider: Der Ölpreis auf dem Weltmarkt ist die Achillesferse der ökonomischen *und* der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung.

Trotz der Stagnation der Festlandswirtschaft, des primären und sekundären Sektors, durchlebte Norwegen durch den Offshore-Bereich in den letzten Jahrzehnten eine Periode des relativ hohen und kontinuierlichen Wachstums. Diese Entwicklung verhinderte nicht nur innenpolitische Auseinandersetzungen, sondern eröffnete der norwegischen Regierung große Spielräume bei der Ausgestaltung ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Bedeutung des öffentlichen Sektors nahm kontinuierlich zu, da der Staat mittels seiner Einnahmen, Steuern und direkter Zuflüsse aus dem Ölsektor, Arbeitsplätze schuf. Zudem sollte durch die Ausweitung der öffentlichen Nachfrage die Wirtschaft „angekurbelt“ werden.

Im Bereich der staatlichen Dienstleistungen ist - im Gegensatz zum Offshore-Sektor - die Produktivität sehr niedrig: 30 Prozent der Beschäftigten erwirtschafteten Anfang der neunziger Jahre nur 16 Prozent des BIP. 19 Prozent der Investitionen stammten aus diesem Bereich (Tab. 1). Die laufenden Ausgaben der öffentlichen Haushalte stiegen von unter 30 Prozent in den 60er Jahren bis Anfang der neunziger Jahre auf den europäischen Spitzenwert von über 50 Prozent des BIP an (Tab. 2).

---

<sup>15</sup> Die Einnahmen des Ölsektors fließen dem Staat auf drei verschiedenen Wegen zu (OECD 1995: 57ff):

(1) Verkauf der Lizenzen zur Erdöl- und Erdgasförderung durch den Minister für Energie- und Industrie;

(2) Besteuerung der Erdöl- und Erdgasförderung;

(3) Direkte Beteiligung staatlicher Ölgesellschaften (z.B. *Statoil*).

Die Erdöl- und Erdgasförderung diente den sozialdemokratischen Regierungen bereits sehr früh dazu, ihre wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Von der Umverteilung der maximierten Gewinne sollte die ganze Gesellschaft profitieren (Lindemann 1986: 134ff, OECD 1995: 53ff).

Tab. 1: Investitionen, Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigung

| <b>Anteil an Gesamtinvestitionen (in Prozent)</b> |      |      |      |      |
|---|------|------|------|------|
|   | 1962 | 1970 | 1980 | 1991 |
| Land-, Fisch- und Forstwirtschaft                 | 8,0  | 6,6  | 8,2  | 3,8  |
| Ölsektor  | 0,6  | 2,4  | 9,7  | 20,5 |
| Industrie   | 17,1 | 15,3 | 12,8 | 10,3 |
| Dienstleistungen gesamt                           | 62,6 | 65,5 | 57,3 | 58,5 |
| Dienstleistungen staatlich                        | 12,1 | 16,9 | 16,2 | 19,1 |
| <b>Anteil am BIP (in Prozent)</b>                 |      |      |      |      |
|   | 1962 | 1970 | 1980 | 1991 |
| Land-, Fisch- und Forstwirtschaft                 | 7,9  | 5,6  | 3,8  | 2,9  |
| Ölsektor  | 0,8  | 0,7  | 14,8 | 13,3 |
| Industrie   | 21,1 | 21,6 | 16   | 13,5 |
| Dienstleistungen gesamt                           | 59,4 | 62,4 | 56,5 | 62,4 |
| Dienstleistungen staatlich                        | 9,7  | 11,8 | 13,6 | 16,3 |
| <b>Anteil an Gesamtbeschäftigung (in Prozent)</b> |      |      |      |      |
|   | 1962 | 1970 | 1980 | 1991 |
| Land-, Fisch- und Forstwirtschaft                 | 19   | 12,9 | 8,4  | 6,1  |
| Ölsektor  | 0,6  | 0,6  | 0,8  | 1,1  |
| Industrie   | 23,4 | 23,8 | 19,8 | 14,3 |
| Dienstleistungen gesamt                           | 48,2 | 53,7 | 62,3 | 70,6 |
| Dienstleistungen staatlich                        | 12,8 | 16,6 | 23,2 | 28,7 |

Quelle: OECD (1995)

Letztlich sichern der Öl- und der öffentliche Dienstleistungssektor auch die Zukunft der krisenhaften Wirtschaftszweige, d.h. der Industrie und der Landwirtschaft. Die „dualistische“ Wirtschaftsform Norwegens zeichnet sich durch die Koexistenz und die Zusammenarbeit eines konkurrenzfähigen Bereiches mit auf dem Weltmarkt operierenden Unternehmen (Rohstoffe und energieintensive Produktion<sup>16</sup>) und eines international nicht konkurrenzfähigen geschützten Bereiches (Landwirtschaft und übrige Industrie) aus (vgl. Midtun 1990). Der konkurrenzfähige Exportsektor finanziert mit seinen Gewinnen den ökonomisch rückständigen, nach innen orientierten Sektor (Listhaug/Sciarini 1995: 6ff.). Charakteristisch für das korporatistische Strukturmodell ist unter anderem das außerordentlich hohe, weit über dem OECD-Durchschnitt liegende, Steuer- und Subventionsniveau. Die Subventionen, die durch das hohe Steuerniveau und durch die Zuflüsse aus dem Ölsektor finanziert werden, fließen in die schwachen und krisengeschüttelten Wirtschaftsbereiche, d.h. vor allem in die verarbeitende Industrie und die Landwirtschaft.

*Tab. 2: Norwegen - Der öffentliche Haushalt*

*Angaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes*

|                        | 1962 | 1970 | 1980 | 1993 |
|------------------------|------|------|------|------|
| Laufende Einnahmen     | 35,5 | 43,5 | 53,2 | 54,9 |
| Davon aus dem Ölsektor | 0    | 0    | 8,2  | 3,6  |
| Laufende Ausgaben      | 28   | 36,5 | 44,3 | 54,9 |
| Davon Subventionen     | 4,2  | 5,2  | 7    | 6,7  |
| Netto-Ersparnisse      | 7,6  | 7    | 8,9  | 0    |
| Brutto-Ersparnisse     | 8,1  | 7,7  | 8,9  | 0    |
| Netto-Kreditgewährung  | 4,6  | 3,2  | 5,7  | -2,1 |

Quelle: OECD (1995)

Seit den 60er Jahren reduzierte sich kontinuierlich die Bedeutung der industriellen Produktion für die norwegische Gesamtwirtschaft. Von nahezu 25 Prozent nahm der Anteil der in diesem Sektor Beschäftigten um über 10 Prozentpunkte ab, d.h. er verringerte sich von fast 25 auf etwas über 14 Prozent. Parallel dazu verminderte sich der relative Anteil der Investitionen, die in diesem Sektor getätigt wurden (Tab. 1).

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich im primären Sektor: 1991 erwirtschafteten sechs Prozent der Beschäftigten nur knapp drei Prozent des BIP; und auch der Investitions-

---

<sup>16</sup> Im Bereich der energieintensiven Produktion besitzt Norwegen im internationalen Handel komparative Kostenvorteile durch seine kostengünstige Energie (Wasserkraft).

anteil von unter vier Prozent ist verhältnismäßig gering (Tab. 1). Im primären Sektor besitzt der Agrarsektor eine Sonderstellung. Aufschlußreich für seinen gesellschaftlichen Stellenwert ist der große Subventionsaufwand: etwa sechzig Prozent der Subventionen - 1993 immerhin 6,7 Prozent des BIP (Tab. 2) - fließen in die landwirtschaftliche Produktion. Dieses hohe Subventionsniveau resultiert zweifellos aus der regionalpolitischen Bedeutung des Agrarsektors. Um die ländlichen Gebiete zu fördern, subventionieren die norwegischen Regierungen traditionell den Agrarbereich.

Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Verwirklichung eines größeren Maßes an sozialer Gleichheit, wobei Gleichheit nicht nur klassenbezogen, sondern auch regional zu verstehen ist. Die norwegische Ökonomie durchziehen starke regionale Diskrepanzen, wie sich in der regionalen Wirtschaftsstruktur und den damit verbundenen Einkommensunterschieden zeigt. Da 75 Prozent der norwegischen Industrie-Produktion im Großraum Oslo angesiedelt ist, kann die Zukunft der Peripherien demnach nur durch eine wohlfahrtsstaatliche, redistributive Politik sichergestellt werden.

*Tab.3: Regionale Beschäftigungsstruktur*

*Angaben in Prozent*

|                        | prim. Sektor | Sek. Sektor | Ter. Sektor |
|------------------------|--------------|-------------|-------------|
| Ostnorwegen            | 3,7          | 22,1        | 74,2        |
| Südnorwegen            | 4,7          | 29,1        | 64,3        |
| Westnorwegen           | 7,3          | 25,1        | 67,6        |
| Trøndelag              | 8,5          | 19,9        | 71,6        |
| Nordnorwegen           | 9,1          | 18,4        | 72,6        |
| <b>Norwegen gesamt</b> | <b>5,5</b>   | <b>23,1</b> | <b>71,4</b> |

Quelle: Ott (1995)

Das BIP pro Kopf weist in einzelnen Provinzen erhebliche Differenzen auf. Während die wenigen Zentren im Süden über dem europäischen Durchschnitt liegen, ist das BIP pro Kopf in den peripheren Regionen weitaus niedriger (Ott 1995: 22).<sup>17</sup> Die norwegische Wirtschaftspolitik versucht, diese Ungleichgewichte zu beheben, indem sie umverteilt und strukturpolitisch aktiv wird.

---

<sup>17</sup> Werte für 1990 (EG-12=100): Oslo-206, Rogaland-113, Nord-Trøndelag-79, Oppland-74. Am Wert der Provinz Rogaland wird noch ein methodisches Problem der BIP-pro-Kopf-Werte deutlich. Durch die dieser Provinz vorgelagerte und damit bei der Entstehungsrechnung zugerechnete Ölförderung wird das BIP pro Kopf dieser Region erheblich nach oben verfälscht (Ott 1995: 22). In der Realität liegt also nur der Großraum Oslo über dem europäischen Durchschnitt. Das niedrige BIP pro Kopf der Peripherien ist ein weiteres Indiz für deren Rückständigkeit.

Auch die Verteilung der regionalen Beschäftigung (Tab. 3) verdeutlicht die regionalen Ungleichgewichte und Strukturprobleme. Der Agrarsektor verfügt in den Peripherien über ein weitaus größeres Gewicht als im Durchschnitt des Landes. Während im Durchschnitt nur jeder zwanzigste Norweger<sup>18</sup> im Agrarsektor tätig ist, beträgt dieser Anteil in Nordnorwegen nahezu 10 Prozent. Wie bereits angedeutet, ist die Landwirtschaft einer der größten Profiteure der redistributiven Politik und eine wichtige „pressure group“ in der norwegischen Politik.<sup>19</sup> Die Zentrumspartei als Vertreterin der ländlichen Bevölkerung war eine treibende Kraft der Anti-EU-Bewegung. Ihre Vorsitzende Anne Inger Lahnstein führte die Nein-Bewegung an.

### **Beschäftigungsentwicklung und Tarifpolitik**

Das Ziel der Vollbeschäftigung hatte für die norwegische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg höchste Priorität. Bis 1982 gelang es den (sozialdemokratischen) Regierungen, die Arbeitslosigkeit unter zwei Prozent zu halten - eine im OECD-Vergleich äußerst niedrige Quote. Selbst in Zeiten weltweiter wirtschaftlicher Krisen konnte die Vollbeschäftigung gewährleistet werden. Mitte der achtziger Jahre stieg die Arbeitslosenquote im Zuge der austeritätspolitischen Inflationsbekämpfung<sup>20</sup> leicht an; zu Beginn der neunziger Jahre erhöhte sie sich sogar auf über fünf Prozent (siehe Tab. 4).

„Der Staat spielte oft eine aktive Rolle bei der Lohnfestsetzung in Norwegen“ (Langeland/Nergaard 1991: 734). In den siebziger Jahren nahm der Staat aktiv an den Tarifverhandlungen teil. In zentralen und kombinierten Lohnverhandlungen trug er durch Steuererleichterungen, Subventionen und Preisregulierungen zu den Abschlüssen bei. Die konservative Minderheitsregierung zog sich allerdings zu Beginn der achtziger Jahre aus den Tarifverhandlungen zurück. Das konservative Intermezzo dauerte

---

18 Diese Angaben beziehen sich auf den Anteil an der Arbeitsbevölkerung („labour force“).

19 Die Wurzeln der Macht der peripheren Bevölkerung liegen bereits in ihrer treibenden Rolle in der Epoche der Staatsentstehung. Die „freie“ Bauernschaft, bereits 1814 verfassungsrechtlich abgesichert, und die „radikale“ städtische Bevölkerung waren entscheidende Kräfte für die Erlangung der Unabhängigkeit 1814 (vgl. Rokkan 1994, von Unruh 1989). Die einzigartige Kooperation der Arbeiter mit der ländlichen Bevölkerung ist ein Charakteristikum norwegischer (und schwedischer) Politik. Die breite Unterstützung der Arbeiterpartei in den peripheren Regionen trug bereits vor dem Zweiten Weltkrieg entscheidend zu der starken Position der sozialdemokratischen Partei bei. Als Ausgleich dafür wurde das weitläufige Subventionsnetz installiert (Ingebritsen 1995: 354). Noch heute ist die überproportionale Repräsentation der peripheren Bevölkerung im norwegischen Wahlsystem verankert (Rommetvedt 1992: 84).

20 Norwegens ökonomische Eckwerte lagen viele Jahre fast alle über dem OECD-Durchschnitt. Nur die überdurchschnittliche Inflationsrate, die noch bis Mitte der achtziger Jahre nahezu zehn Prozent betrug, löste in OECD-Kreisen Kritik aus und stimulierte eine Diskussion über wirtschaftspolitische Korrekturen. Erst mit der Hinwendung zu einer angebotsorientierten Austeritätspolitik und einer Deregulierung der Finanzmärkte wurde die Inflation auf einen Durchschnitt von vier Prozent in den Jahren von 1989 bis 1994 gedrückt. Gleichzeitig stieg allerdings die Arbeitslosenquote auf nahezu sechs Prozent, was einer Verdreifachung (!) innerhalb eines Jahrzehnts entsprach.

allerdings nur fünf Jahre. Die *DNA* übernahm 1986 erneut die Verantwortung in einer Minderheitsregierung und engagierte sich wieder stärker in der Tarifpolitik. Höhepunkt dieses Engagements war 1987 das Gesetz zur Eindämmung betrieblicher Lohndrift.<sup>21</sup> Durch ein Verbot lokaler Lohnsteigerungen sollten die Verhandlungen der Dachverbände des norwegischen Gewerkschaftsbundes LO und des Arbeitgeberverbandes NHO unterstützt werden.

Tab. 4: Arbeitslosenquote 1975-1994

Angaben in Prozent

| 1975 | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 |
|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| 1,1  | 1,1  | 0,9  | 1,1  | 1,3  | 1,2  | 2    | k.A. | 3,4  | 3,2  |
| 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 |
| 2,6  | 2    | 2,1  | 3,2  | 4    | 5,2  | 5,5  | 5,9  | 6    | 5,4  |

Quelle: OECD (1990, 1995)

Die Kooperation zwischen der Sozialdemokratie als der dominierenden Partei und der starken Gewerkschaftsbewegung prägte die gesellschaftliche und politische Entwicklung der Nachkriegszeit. Der *LO* und die *DNA* arbeiteten in vielen Bereichen zusammen. Die enge Verbindung drückte sich auch darin aus, daß der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes gleichzeitig Mitglied des Parteivorstandes war. Die Stärke der Arbeiterbewegung resultierte unter anderem aus ihrer Einheit und ihrem Organisationsgrad. Lange Zeit war der *LO* die einzige Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Erst in den siebziger Jahren gründeten sich neue Verbände, z.B. der Bund der Berufsorganisationen (*YS*) und der Bund der Akademikerorganisationen (*AF*). Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre erhielten diese beiden neuen Verbände regen Zulauf aus der Arbeiterschaft, so daß die Spitzenposition des *LO* in Frage gestellt wurde.<sup>22</sup> Nichtsdestotrotz liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad der norwegischen Arbeiterschaft mit sechzig Prozent seit Jahrzehnten konstant über dem europäischen Durchschnitt. Im Gegensatz zu Gewerkschaften anderer europäischer Länder haben die norwegischen keinen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Allerdings schwächen die internen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Teilgewerkschaften ihre Handlungsfähigkeit. Ob und wie diese Spannungen gelöst werden, wird über die zukünftige

<sup>21</sup> 1987 erließ eine sozialdemokratische Regierung unter der Ministerpräsidentin Brundtland das sogenannte „Notfall-Einkommensgesetz“, das lokale Lohnverhandlungen und Lohndrift per Gesetz untersagte. Die Verhandlungen sollten nur zwischen *NHO* auf der einen und *LO* und *AF* auf der anderen Seite unter Leitung des Staates geführt werden. Die ausgeschlossenen kleineren Gewerkschaften protestierten gegen ihre Entmachtung durch den Staat (Mjøset 1989: 334).

<sup>22</sup> Zur Schwächung der Arbeiterklasse und der Zersplitterung der Gewerkschaften sowie zu dem damit verbundenen Einflußverlust in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren vgl. Hernes (1989).

Rolle der Arbeiterbewegung entscheiden. Eine dauerhaft in inneren Grabenkämpfen gefangene Arbeiterbewegung würde dabei zwangsläufig an Gestaltungsmacht verlieren.

Der starken Arbeiterbewegung gelang es lange Zeit, Reallohnansprüche der abhängig Beschäftigten gegen Beschäftigungszuwächse und Einkommensangleichungen zu tauschen (Rowthorn/Glyn 1990: 250). In gewisser Weise kann die solidarische Lohnpolitik, wie die schwedische, als „Sozialismus in einer Klasse“ bezeichnet werden (vgl. Scharpf 1984). Ein zweites zentrales Ziel des LO ist - neben der Vollbeschäftigung - die Angleichung der innersektorellen und intersektorellen Lohnniveaus. Die industrielle Produktion im Öl- und im energieintensiven Sektor stieg seit den siebziger Jahren kontinuierlich an (allein zwischen 1977 und 1985 um 44 Prozent). Dabei wurde das Wirtschaftswachstum erfolgreich von der Lohnentwicklung abgekoppelt, so daß für die meisten Arbeiter ein Anstieg der Reallöhne ausblieb. Als Kompensation hierfür wurden lange Zeit die Einkommensunterschiede verringert und die Vollbeschäftigung erhalten: „Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sowie - was weitgehend mit geschlechtsspezifischen Unterschieden identisch ist - zwischen ‘Niedriglöhnen’ und ‘Hochlöhnen’ wurden im untersuchten Zeitraum (1980-1990, H.H.) abgebaut“ (Langeland/Nergaard 1991: 740). Im Unterschied zu anderen OECD-Ländern mit einer relativ hohen Arbeitslosigkeit ist die norwegische Gesellschaft also relativ solidarisch: „No other country has displayed anything like this degree of solidarity“ (Rowthorn/Glyn 1990: 251). Das norwegische Beispiel legt nahe, daß Formen eines solidarischen Lohnausgleiches eine wesentliche Voraussetzung dafür sind, die Arbeitslosigkeit niedrig zu halten.<sup>23</sup>

Die Anzahl der Beschäftigten („labour force“) stieg seit dem Zweiten Weltkrieg um 30 Prozent. Schwerpunkt dieses Wachstums war der Bereich der staatlichen Dienstleistungen, wobei vor allem regionalpolitische Gesichtspunkte berücksichtigt wurden. Die tradierte Besiedlungsstruktur zu erhalten, ist das oberste Ziel der norwegischen Regionalpolitik. Daher ist es kaum verwunderlich, daß Arbeitsplätze in den peripheren Regionen auch mittels einer dezentralen Expansion der öffentlichen Verwaltung geschaffen wurden. Einen Großteil dieser neu geschaffenen „peripheren“ Arbeitsplätze nahmen Frauen ein. Ihre Beschäftigungsquote ist allein zwischen 1975 und 1993 um nahezu 20 Prozent gestiegen (Tab. 5). Auch durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu Beginn der neunziger Jahre wurde diese Entwicklung kaum beeinflusst. Die Erwerbsquote der Frauen stieg weiter langsam an, während die der Männer im gleichen Zeitraum merklich zurückging.

Der Arbeitsplatzzuwachs konzentrierte sich (fast) ausschließlich auf den staatlichen Dienstleistungssektor, während die anderen Sektoren auf dem Niveau von 1970 stagnierten. Durchschnittlich arbeiten in den europäischen OECD-Ländern 19 Prozent der

---

<sup>23</sup> Dazu Rowthorn/Glyn, zitiert in Mjøset (1989: 314): „If other OECD countries had displayed such a solidarity, unemployment would no longer be a problem for most of them“.

Beschäftigten im öffentlichen Sektor, in Norwegen sind es 30 Prozent (OECD 1993/1994: 56).

*Tab. 5: Erwerbsquoten von Frauen und Männern*

Angaben in Prozent

|               | 1975        | 1980        | 1985      | 1993        |
|---------------|-------------|-------------|-----------|-------------|
| <b>Gesamt</b> | <b>69,8</b> | <b>76,7</b> | <b>80</b> | <b>77,8</b> |
| Männer        | 85,5        | 88,7        | 89,7      | 83,4        |
| Frauen        | 53,6        | 64,2        | 70,1      | 71,9        |

Quelle: OECD (1995)

Die Beschäftigungspolitik beschränkte sich aber nicht nur darauf, den öffentlichen Sektor auszuweiten. Um die Krisen seit Mitte der achtziger Jahre zu bekämpfen, griff die norwegische Regierung vermehrt zu aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Die Maßnahmen zur Qualifizierung von Arbeitslosen wurden ausgeweitet. 1992 gab der Staat etwas mehr als ein Prozent des Bruttosozialproduktes für aktive Arbeitsmarktprogramme aus. Über 75.000 Personen, d.h. ungefähr 3,6 Prozent aller Beschäftigten, waren in diesen Programmen beschäftigt. Berücksichtigt man diese Maßnahmen bei der Berechnung der Arbeitslosenquote, so würde diese für das Jahr 1993 von sechs auf nahezu zehn Prozent (OECD 1993/1994: 53) steigen.

*Tab. 6: Arbeitslosigkeit*

Angaben in Prozent

|                      | 1988       | 1993     |
|----------------------|------------|----------|
| <b>Gesamt</b>        | <b>3,1</b> | <b>6</b> |
| Männer               | 3          | 6,6      |
| Frauen               | 3,3        | 5,2      |
| Jugend (16-24 Jahre) | 7,9        | 13,9     |

Quelle: OECD (1995)

Insgesamt gelang es mit dieser Strategie nicht, die offensichtlichen Strukturschwächen der norwegischen Wirtschaft zu beheben, die in den Krisen drastisch zu Tage traten. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit konzentrierte sich auf die international wenig wettbewerbsfähigen Sektoren, die durch hohe Subventionsleistungen vom Weltmarkt abgeschottet werden. Zugleich stieg die Jugendarbeitslosigkeit auf nahezu 14 Prozent,

angesichts der Gesamtquote von sechs Prozent ein besonders besorgniserregender Wert.

### **Agrarpolitik unter regionalpolitischen Vorzeichen**

Die landwirtschaftliche Produktion besitzt in Norwegen den Stellenwert eines hohen öffentlichen Gutes. Aufgrund der Versorgungsengpässe durch Blockaden während des Zweiten Weltkrieges wurde nach 1945 eine „neue“ Agrarpolitik konzipiert. Maßgeblich war die Forderung nach größtmöglicher Selbstversorgung der Nation mit Nahrungsmitteln und anderen natürlichen Produkten, was durch einen möglichst effizienten Ressourceneinsatz erreicht werden sollte. Gleichzeitig sollte die landwirtschaftliche Produktion das Wachstum, die Entwicklung und damit den Wohlstand der ländlichen Regionen stimulieren. In weiten Bereichen Nordnorwegens stellt dies angesichts der geologischen und klimatischen Bedingungen ein sehr schweres Unterfangen dar. Offenbar bestand zwischen den Vorgaben des effizienten Ressourceneinsatzes und der ländlichen Entwicklung ein Zielkonflikt. Ein dritter Aspekt der agrarpolitischen Konzeption sollte dies berücksichtigen. Das Einkommen der ländlichen Bevölkerung sollte so gestaltet werden, daß es beiden Zielen genüge (Reisegg 1991: 49ff).

Mitte der siebziger Jahre wurden die agrarpolitischen Vorgaben präzisiert: Die Einkommen der Beschäftigten in der Landwirtschaft sollten denen in der Industrie angeglichen werden. In der Folge erhöhten sich die Einkommen der Landwirte zwischen 1976 und 1977 um 50 Prozent. Das „historische Bündnis“ von Bauern und Sozialdemokratie wurde auf diese Weise erneut gestärkt.

Auch die Agrarpolitik hatte das Ziel, die traditionelle Besiedlungsstruktur zu erhalten (vgl. Ingebritsen 1995, Lindemann 1986). Um eine Abwanderung zu verhindern, so die Grundannahme, mußten auf dem Lande hinreichend Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung stehen (Rønningen 1991: 27). Die Förderung der Landwirtschaft, speziell in den peripheren Regionen, diente also in diesem Sinne dem Erhalt der Arbeitsplätze und damit der Zukunft der Peripherien. Der Abschlußbericht des Ausschusses zur „Förderung der Arbeitsmöglichkeiten in ländlichen Regionen“ (*Bygdeutvalget*) bekräftigte dies 1981 in seinen Zielsetzungen: In Regionen mit alternativen Arbeitsmöglichkeiten sollen unwirtschaftliche Agrarstrukturen angepaßt, in ökonomisch rückständigen Regionen soll dagegen die landwirtschaftliche Produktion als Teil der Strukturpolitik aufrecht erhalten werden (Reisegg 1991: 65). Oft ist dies angesichts der natürlichen Gegebenheiten Norwegens allerdings sehr schwierig. Nur 3,1 Prozent der Gesamtfläche (EG-12-Niveau 58,9 Prozent) sind landwirtschaftlich überhaupt nutzbar, mit zum Teil sehr schlechten topographischen und klimatischen Gegebenheiten.<sup>24</sup> Eine Intensivierung der Produktion

---

<sup>24</sup> Ausführlicher zu den Problemen der norwegischen Landwirtschaft (Kleine Einzelflächen, Gefälle, kurze Vegetationsphase, subarktisches Klima in den nördlichen Regionen und lange Transportwege) vgl. Ingebritsen (1995), Lindemann (1986).

ist demzufolge nur sehr schwer möglich. Allerdings bestehen diesbezüglich erhebliche Unterschiede. Grundsätzlich ermöglichen die klimatischen Verhältnisse im Süden noch eine effizientere Produktion als die in den subarktischen Gebieten Nordnorwegens, wenngleich auch hier gegenüber ausländischen Produzenten erhebliche Kostennachteile bestehen. So liegen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zum Teil um 200 Prozent über dem Weltmarktniveau.

Um die produktionsorientierten und regionalpolitischen Ziele der Agrarpolitik zu erreichen, greift der Staat in den Markt ein. Der Außenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird durch Handelshemmnisse und Exportsubventionen kontrolliert. Der Absatz der einheimischen Produkte wird dadurch sichergestellt, daß alle Güter, die auch in Norwegen hergestellt werden können, mit Importbeschränkungen in Form von Lizenzen, Kontrollen, Quoten oder Zöllen belegt werden.<sup>25</sup> Zugleich wird der Export durch Subventionen gefördert, um die hohen Erzeuger- an die Weltmarktpreise anzugleichen. Allerdings ist das Exportvolumen von norwegischen Agrarprodukten insgesamt sehr gering.

Zentrales Steuerungselement der Agrarpolitik ist die administrative Festlegung der Erzeugerpreise, die zwischen dem Staat und den landwirtschaftlichen Organisationen ausgehandelt werden. Die Kosten dieser Preispolitik werden durch direkte Zahlungen an die Landwirte, den sogenannten „deficiency payments“, vom Staatsbudget getragen. Der subventionierte Einkommensanteil norwegischer Landwirte nimmt mit 77 Prozent eine Spitzenposition gegenüber dem EU-Durchschnittswert von 49 Prozent ein (OECD 1993/1994: 82). Die Höhe der landwirtschaftlichen Subventionen richtet sich nach dem Umfang der Produktion, der Farmgröße und der geographischen Lage. Spezifisch für das norwegische Subventionssystem ist der überdurchschnittlich hohe Anteil von direkten, nicht an die Produktion gebundenen Subventionen. Dabei werden nahezu 55 Prozent der Subventionszahlungen nach regionalen Kriterien verteilt.<sup>26</sup> Um die regionalen Disparitäten auszugleichen, fließt ein Großteil der Beihilfen in besonders entlegene, überdurchschnittlich benachteiligte Gebiete.

## **2.2. Exkurs: Sozialdemokratische Modernisierung des Wohlfahrtsstaates**

Mitte der siebziger Jahre geriet das fordistische Akkumulationsregime in fast allen westlichen Industrieländern in die Krise. Allerorten kam das wirtschaftliche Wachstum zum Erliegen, und die Staatsverschuldung stieg sprunghaft an. Die finanziellen Engpässe der öffentlichen Haushalte vergrößerten den Druck auf den Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat. Neoliberale Gesellschaftskonzeptionen lösten fordistisch-keynesianische ab.

---

<sup>25</sup> Nur der Import von tropischen Früchten und Zucker ist frei .

<sup>26</sup> Wert aus Wehrheim (1994: 20).

Allerdings gelang es auch der neoliberalen Krisenpolitik nicht, den Leidensdruck großer Bevölkerungsschichten zu mindern. Im Gegenteil, infolge der anhaltenden Massenerwerbslosigkeit und der verschärften sozialen Exklusion erhöhte sich der Problemdruck noch. Daß sich dieser kaum in politische Protest- und Widerstandsaktionen entlud, ist unter anderem auch auf eine veränderte politischen Kultur, nicht zuletzt auf die neoliberale Wettbewerbs- und Leistungsideologie zurückzuführen. Auch die norwegische Gesellschaft blieb hiervon keineswegs unberührt.

Bereits 1981 hatten die konservativen Parteien die Wahlen gewonnen und läuteten so das Jahrzehnt der konservativen Wende (*høyrebølgen*) ein. Ihr Ziel war die Modernisierung des norwegischen Wohlfahrtsstaates. Es erfolgte eine Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik, d.h. der Übergang von einer nachfrage- zu einer mehr angebotsorientierten Strategie. Als erstes reduzierte die konservative Minderheitsregierung, allerdings nur leicht, die Staatsausgaben und senkte die Einkommenssteuer (OECD 1982: 47ff). Es folgten Steuersenkungen und Deregulierungsmaßnahmen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der produzierenden Unternehmen zu steigern (OECD 1985: 41ff). Wie bereits erwähnt, setzte die konservative Regierung die zentralisierten Lohnverhandlungen aus. Zudem wurde die Krone mehrfach abgewertet, um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten bzw. wieder herzustellen.

Als kleine Exportökonomie ist Norwegen in besonderem Maße von der Nachfrage auf den internationalen Märkten abhängig. Die weltweite Rezession zu Beginn der achtziger Jahre führte zu einem Nachfragerückgang, der auch die norwegische Wirtschaft belastete. Die gesellschaftlichen Auswirkungen waren allerdings in Norwegen wesentlich geringer als in anderen westlichen Ländern, denn die Einnahmen aus den Ölexporten flossen unverändert in die Staatskassen. Mitte der achtziger Jahre konnte allerdings auch Norwegen sich der Krise nicht mehr entziehen. Der drastische Ölpreisverfall im Jahre 1986 ließ innerhalb eines Jahres die Exporteinnahmen um fünfzehn und das reale Nationaleinkommen um zehn Prozent zurückgehen. Die Risiken, die die Abhängigkeit der norwegischen Wirtschaft vom Ölsektor erzeugten, wurden erstmals sichtbar. Strukturell begünstigte die langanhaltende Expansion dieses Sektors zum einen die Überhitzung der Volkswirtschaft; zum anderen ermöglichte sie ein Lohn-Kosten-Verhältnis, das die Konkurrenzfähigkeit anderer Sektoren verminderte.<sup>27</sup> Allerdings stabili-

---

<sup>27</sup> Das Verhältnis Lohn und Arbeitsproduktivität ist über mehrere Jahre von der OECD in ihren Berichten kritisiert worden. Die Abhängigkeit Norwegens von den Einnahmen aus dem Ölsektor gefährdet die anderen Sektoren (OECD 1993/1994: 83). Die „*Norwegian Employment Commission*“ fordert in ihrem Bericht vom August 92 die Verbesserung des Verhältnisses von Reallöhnen und Produktivität durch: (1) Senkung der Arbeitskosten um zehn Prozent, (2) die rechtliche Einführung kurzer Zeitverträge, um die Flexibilität zu erhöhen, und (3) die Verringerung der Arbeitslosenunterstützung (OECD 1993/1994: 77ff). Außerdem kritisiert die OECD, daß notwendige ökonomische Reformen durch die „Gießkannenpolitik“ des norwegischen Staates ausbleiben. Die großen Öleinnahmen würden die ökonomischen Strukturschwächen verdecken. Auch Haaland (1992) sieht die Notwendigkeit für Reformen.

sierten sich die staatlichen Einnahmen durch die rasche Erholung des Ölpreises wieder recht schnell.

Im Vergleich zu den konjunkturellen waren die politischen Auswirkungen wesentlich gravierender. Der gesellschaftspolitische Paradigmenwechsel zu einer angebotsorientierten Austeritätspolitik wurde endgültig vollzogen. Neoliberale Politikmuster hielten Einzug in die politischen Programme aller Parteien. Letztlich führte dies dazu, daß die norwegische Währung 1990 formell an den ECU angebunden (OECD 1990/1991: 74), und die Geld- und Kreditmärkte Schritt für Schritt dereguliert und zum Weltmarkt geöffnet wurden. Die Inflationsbekämpfung mit dem Ziel, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen, erhielt höchste Priorität. Zu Beginn der neunziger Jahre konnte die Inflation von zehn auf vier Prozent gesenkt werden. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch die Arbeitslosigkeit. Zwischen 1987 und 1993 verdreifachte sich die Arbeitslosenquote auf sechs Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit stieg, wie erwähnt, sogar auf 14 Prozent.

Auch die sozialdemokratischen Regierungen setzten diesen Modernisierungskurs nach dem Regierungswechsel 1986 fort. Die internationale Konkurrenzfähigkeit des produzierenden Sektors bildete die maßgebliche Zielsetzung des politischen Handelns. Die Politik der *DNA* unterschied sich von der der bürgerlichen Parteien nur durch die Revitalisierung der zentralen Tarifverhandlungen. 1992 legten die sozialdemokratische Regierung, der Gewerkschaftsbund *LO* und der Arbeitgeberverband *NHO* ein gemeinsames Programm, die „Solidarische Alternative“ (*Solidaritetsalternativet*), vor, das zugleich den Kern des „sozialdemokratischen Modernisierungsprojektes“ beschreibt. Eine makroökonomische Stabilitätspolitik, kombiniert mit einer Lohnmäßigung, soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Norwegen verbessern, um so die Beschäftigungskrise zu meistern. Zwar wird in diesem Zusammenhang allgemein von einer Wiederbelebung der „solidarischen Lohnpolitik“ gesprochen, doch der politisch-ideologische Hintergrund hat sich unverkennbar verschoben. Bis in die achtziger Jahre hinein waren die zentralisierten Tarifverhandlungen ein tragendes Element des universalistischen Wohlfahrtsstaates. Die Gewerkschaften verzichteten, im Tausch gegen die Verringerung der Einkommensdisparitäten und die Beschäftigungsförderung, auf Reallohnsteigerungen. Die wiederbelebte „solidarische Lohnpolitik“ der neunziger Jahre fügt sich dagegen eher in eine Strategie des Angebotskorporatismus ein, denn nun ist die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Sektoren das zentrale Ziel. Der Abbau der Einkommensdisparitäten und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind dagegen nur noch abgeleitete Größen.

Der Vorzeichenwechsel, den die sogenannte „solidarische Lohnpolitik“ erfuhr, dokumentiert die Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Die Auswirkungen dieses Wandels sind bis heute allerdings recht gering geblieben. Während in Schweden und Finnland „unter den Bedingungen von Massenerwerbslosigkeit und hoher Staatsverschuldung der gesellschaftliche Basiskonsens“ zerbricht (Bieling 1995: 336), glänzt Norwegen weiterhin mit positiven Zahlen: Das Wirtschaftswachstum ist seit vier

Jahren höher als drei Prozent. Die Regierung legt die jährlichen Budgetüberschüsse seit 1991 für die Rentenzahlungen zukünftiger Generationen beiseite. Die Arbeitslosigkeit ist im zweiten Quartal 1997 wieder auf 4,5 Prozent gefallen (SSB 1997), und auch die Einkommensdisparitäten sind in den letzten Jahren nicht weiter angestiegen. Wie die sozialdemokratische Modernisierung des Wohlfahrtsstaates letztendlich ausgehen wird, bleibt abzuwarten. Entscheidend wird der Verlauf und der Ausgang zukünftiger politischer Kämpfe sein. Im Unterschied zu anderen Ländern Europas gilt es allerdings eine norwegische Besonderheit hervorzuheben: das Fehlen öffentlicher Haushaltsdefizite. Diese werden allerorten als Spar- und Sachzwang konstruiert und begünstigen so als ein zentrales ideologisches Element die neoliberale Umbaustrategie. Mit anderen Worten: Die Einnahmen aus den Ölgeschäften vergrößern die Trägheit und die Widerstandsfähigkeit der Institutionen des fordistischen Klassenkompromisses.

### **3. Norwegen in Westeuropa**

Welche Folgen hätte nun eine Integration für die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und das Verhältnis von Zentrum und Peripherie? Zwar besitzt die norwegische Wirtschaft durch den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), einer substantiell verbesserten Freihandelszone mit Binnenmarktelementen, seit dem 1. Januar 1994 Zugang zum Binnenmarkt. Gleichwohl bleiben im EWR-Vertragswerk vier Bereiche ausdrücklich ausgenommen: die Agrar- und Fischwirtschaft, sowie die Steuer- und Finanzpolitik (Göbl 1994: 197). Diese Bereiche tangieren besonders die wirtschaftlichen Reproduktionsbedingungen der norwegischen peripheren Regionen, die öffentlichen Haushalte und den Agrarsektor. Die Liberalisierungs- und Deregulierungseffekte einer Vollmitgliedschaft würden demzufolge diejenigen wohlfahrtsstaatlichen Interventionsformen schwächen, von denen in hohem Maße die Zukunft der ländlichen Regionen abhängt.

Die soziale Dimension ist im europäischen Integrationsprozeß bisher nur schwach verankert. Die Fokussierung auf die ökonomische Integration entspricht den vorherrschenden Konzeptionen einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Der Gegensatz zwischen einer neoliberal dominierten Integration auf der einen Seite und der norwegischen „Passion für Gleichheit“ auf der anderen Seite, könnte kaum größer sein. Zudem kam es innerhalb der Gemeinschaft bislang nicht zu einer Angleichung der unterschiedlichen Entwicklungsniveaus: „The gap between the rich and the poor regions continues to widen [...] Since the early 1980s there has been a steady increase in productivity and unemployment disparities between prosperous and less favoured regions“ (Amin/Thrift 1995: 42). Beides, die soziale und regionale Ungleichheit, sind zugleich ein Ergebnis des erhöhten Wettbewerbsdrucks in der EU. Das normative Leitbild des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, der solidarische Ausgleich und die soziale Gleichheit, ist hiermit aber nur sehr schwer zu vereinbaren. Die Befürchtung, daß eine Integration Norwegens in die Europäische Union die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen unter starken Druck setzen würde, ist daher alles andere als unbegründet. Speziell die redistributiven Strukturen zwischen Zentrum und Peripherie gerieten unter starken Anpassungsdruck, da sowohl der große öffentliche Sektor als Arbeitsplatzgarant in den peripheren ländlichen Regionen und die regionalwirksame Ausrichtung der Agrarpolitik mit der aktuellen Integrationsdynamik der EU unvereinbar sind.

#### **Verschlinkung des öffentlichen Sektors?**

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften kritisiert in ihrer Stellungnahme zum Beitrittsantrag Norwegens drei für die Peripherien wichtige Bereiche des öffentlichen Haushaltes und rät zu entsprechenden Anpassungen: das Steuerniveau, der öffentliche Sektor und das Subventionsniveau (vgl. Kommission 1993):

1. Die Gesamtsteuerbelastung liegt deutlich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt. 1990 betrug sie in Norwegen 46,3 Prozent des BIP gegenüber 39 Prozent in der EG. Die direkten Steuern sind mit 16,1 Prozent des BIP deutlich höher als der europäische Durchschnitt von 12,4 Prozent, und auch die indirekten Steuern betragen in Norwegen 16,4 Prozent, im Vergleich zu 11,3 Prozent in der EU. Das gesamte Steuersystem Norwegens würde in der Gemeinschaft unter einem starken Anpassungsdruck geraten.
2. In Norwegen sind rund 30 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen des öffentlichen Sektors tätig, in den EU-Staaten dagegen nur 19 Prozent. Die Kommission empfiehlt Reformen, die die Leistungsfähigkeit und Effizienz dieses Bereiches erhöhen und den „überdimensionierten“ Wohlfahrtsstaat dem Ideal des „schlanken Staates“ annähern. Auf diese Weise eingesparte Mittel könnten in den Augen Brüssels dann effizienter genutzt werden oder Steuererleichterungen ermöglichen.
3. Die Subventionsleistungen des norwegischen Staates sind im Vergleich mit anderen Industriestaaten verhältnismäßig hoch. Sie stiegen von 4,2 Prozent des BIP 1962 auf sieben Prozent im Jahre 1980 (Tab. 2). Dieser Wert entsprach dem Vierfachen des OECD-Durchschnitts. Auch heute noch sind die größten Empfänger dieser Leistungen die Agrarwirtschaft und - mit Einschränkungen - die verarbeitende Industrie.

Eine reduzierte staatliche Interventions- und Lenkungsbereitschaft, wie sie in allen diesen Bereichen im Falle einer EU-Mitgliedschaft entstände, hätte schwerwiegende soziale und ökonomische Konsequenzen für die peripheren Regionen. Die dort ansässige Industrie existiert nur mit Hilfe der redistributiven Politiken. Alternative Arbeitsmöglichkeiten sind hingegen nur sehr schwer zu erschließen. Aufgrund der Entfernungen zu den Absatzmärkten Norwegens und Europas wären die Chancen dieser entlegenen Regionen in einem verschärften Standortwettbewerb eher als gering einzuschätzen.

Hinzu kommt, daß in der EU eine über die Konvergenzkriterien hinausgehende Vergemeinschaftung der öffentlichen Haushalte nicht geplant ist. Statt dessen entfaltet sich der „Wettbewerb der Systeme“. Dabei verstärken fast alle europäischen Staaten die Privatisierungs- und Rationalisierungsanstrengungen im öffentlichen Sektor, um den Wohlfahrtsstaat organisatorisch zu „entschlacken“ und zu effektivieren (vgl. Bieling 1995). Wenn nicht eine grundlegende Richtungsänderung des Integrationsprozesses erfolgt, setzt sich dieser Prozeß in den nächsten Jahren fort. Auch Norwegen könnte sich als Mitglied dieser Logik kaum entziehen. Die Rationalisierung des in hohem Maße dezentralisierten öffentlichen Dienstleistungssektors wird zu einem gravierenden Arbeitsplatzabbau führen. Zudem kann vermutet werden, daß die effizienz- und profitorientierte Umstrukturierung eine Zentralisierungsdynamik auslöst und die regionalpolitischen Ausgleichsbemühungen unterläuft. Frauen werden aufgrund ihres hohen Beschäftigungsanteils in diesem Sektor von den Rationalisierungsmaßnahmen zweifelsohne überproportional betroffen sein. Neuere regionalpolitische Ansätze betonen

daher die Schlüsselstellung der Frauen für den Erhalt der traditionellen Besiedlungsstruktur. Zumeist gut ausgebildet, mangelt es ihnen an adäquaten Arbeitsmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten. Eine Abwanderung aus den ländlichen Regionen wäre in diesem Fall kaum zu vermeiden (Rønningen 1991: 33). Für die Zukunft der peripheren Gebiete sind also gerade die hochqualifizierten Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor von großer Bedeutung.

### **Liberalisierung des Agrarsektors?**

Die Agrarwirtschaft ist auch in der EU der größte Profiteur redistributiver Politiken. Keinem anderen Wirtschaftsbereich fließen Mittel in vergleichbarer Höhe zu. Trotzdem erreicht der Beihilfenanteil der Gemeinschaft nicht annähernd das Niveau von Norwegen. Eine Integration des norwegischen Agrarsektors in die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) wird demnach paradoxerweise Liberalisierungseffekte nach sich ziehen. Diese entlasten zwar das Staatsbudget, gleichzeitig werden jedoch die Einkommen der ländlichen Bevölkerung erheblich zurückgehen; denn die europäischen Zuwendungen können die norwegischen Subventionen nicht ersetzen. Dies stellte auch das *Norwegian Agricultural Economics Research Institute* fest: „The decrease in farm income by the disappearance of the present regional income support measures will only partly be compensated by the EFA-Directive“ (zit. in Ingebritsen 1995: 360). Insgesamt ist davon auszugehen, daß zwischen 20 und 50 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe ihre Existenzgrundlage verlieren (Wehrheim 1994: 167). In einigen peripheren Regionen wird die landwirtschaftliche Aktivität sogar um 90 Prozent abnehmen (Ingebritsen 1995: 360). Das wäre vermutlich nur der Anfang, denn die Agrarpolitik der Europäischen Union steht unter großem Reformdruck. Vor dem Hintergrund der anstehenden Osterweiterung und gleichzeitigen Budgetrestriktionen ist zu erwarten, daß die Zuwendungen der GAP in den nächsten Jahren erheblich gekürzt werden. In weiten Teilen Norwegens wird also durch eine fortschreitende Liberalisierung des Agrarmarktes die landwirtschaftliche Produktion verschwinden.

Nicht umsonst war die Zukunft dieser Regionen auch ein zentrales Thema der Beitrittsverhandlungen der nordischen Länder mit der EU. Eine Ausdehnung der strukturpolitischen Fördermittel nach Ziel 1 sollte aus Sicht dieser Länder Abhilfe leisten. Allerdings erfüllten die Regionen die geforderten Kriterien (BIP pro Kopf unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts) nicht. Als Kompromiß wurde ein neues Kriterium<sup>28</sup> geschaffen. Allerdings werden zukünftige Zuweisungen aus den Strukturfonds nicht die zu erwartenden Einkommensausfälle kompensieren (Ott 1995: 28). Ähnlich wie im öffentlichen Sektor werden die Einsparungen und Reformen daher zu Lasten der Peripherien gehen. Insgesamt wird von den Liberalisierungs- und Deregulierungswirkungen einer EU-Integration

---

<sup>28</sup> Ziel 6 - für Regionen mit einer Bevölkerungsdichte von unter acht Einwohnern pro Quadratkilometer.

vor allem der exportorientierte offene Sektor profitieren - zu Lasten des geschützten binnen-orientierten Sektors. Ob dann die "korporatistischen" Strukturen weiterhin die Spannungen zwischen diesen beiden Wirtschaftsbereichen ausgleichen können, scheint zweifelhaft.

#### **4. Zusammenfassung und Ausblick: Perspektiven sozialdemokratischer Politik**

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bildete sich in Norwegen ein wohlfahrtsstaatliches Regime sozialdemokratischer Prägung heraus. Charakteristisch für diesen Typ wohlfahrtsstaatlicher Regulation ist das Leitbild einer universalistisch-egalitär strukturierten Gesellschaft (Esping-Andersen 1990). Die Bezeichnung „Friedensformel“ für den fordistischen Wohlfahrtsstaat scheint sich auch vor dem Hintergrund der Rokkanschen Dichotomie zu bestätigen. Die wohlfahrtsstaatliche Regulation versucht die Konfliktlinien zu überbrücken, die für die Rokkansche Dichotomie von Zentrum und Peripherie konstitutiv sind. So wurde der öffentliche Sektor ausgebaut und dezentralisiert; die Einkommen in der Landwirtschaft wurden mittels staatlicher Beihilfen gesichert, um die regionalen Disparitäten abzubauen. Die Einkommensdisparitäten wurden durch die solidarische Lohnpolitik verringert. Zusätzlich erhöhte sich die Beschäftigungsrate der Frauen erheblich. Ein Großteil der neugeschaffenen Arbeitsplätze im dezentralisierten öffentlichen Sektor wurde von Frauen angenommen. Letztlich verlor der Zentrum-Peripherie-Konflikt seine Bedeutung für die norwegische Politik, weil die Auffangmechanismen des Wohlfahrtsstaates die Ungleichheit entlang dieser Spannungslinien verringerten.

Gleichwohl standen die beiden Volksabstimmungen über eine EG/EU-Mitgliedschaft des Landes von 1972 und 1994 im Zeichen des Zentrum-Peripherie-Konfliktes. Pettersen, Jenssen und Listhaug haben dazu festgestellt, daß „the cleavages emerged in the 19<sup>th</sup> century still make a difference in Norwegian politics. The EU-issue 1994 – as in 1972 – revitalized the otherwise declining cleavages in Norwegian Politics“ (1995: 23). Wie die Analyse des 94er Referendums ergeben hat, formierte sich gerade entlang der Rokkanschen Konfliktlinien – erweitert um das Geschlechterverhältnis – der Widerstand gegen einen EU-Beitritt. Beide Referenden können als Triumph der unterprivilegierten Peripherie über das Zentrum interpretiert werden (vgl. Valen 1973, Bjørklund 1995). Denn genau die institutionellen Strukturen, die heute die Existenz der Peripherie sichern, wären im Falle einer Integration massivem Druck ausgesetzt. Damit würde auch der solidarische Ausgleich zwischen Zentrum und Peripherie gefährdet.

Das „Nein“ der norwegischen Bevölkerung zur EU läßt sich also sehr wohl als „Ja“ zum Wohlfahrtsstaat bezeichnen. Dieser wurde von einem Bündnis aus Frauen, Bediensteten des öffentlichen Sektors und Bewohnern peripherer Regionen verteidigt. Das Spezifische an diesen Auseinandersetzungen war, daß, entgegen der allgemeinen Logik des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, die politischen Kämpfe rund um den Wohlfahrtsstaat in ihrem Zusammenhang gesehen wurden und sich nicht in vermeintlich unverbundene Verteilungskämpfe auflösten. Das Referendum gab den konkurrierenden Vorstellungen zudem einen klaren Fixpunkt. Die Frage der Mitgliedschaft polarisierte die gesamte Gesellschaft, wobei sich unter der Fahne des „Neins“ zur EU ein politisches Bündnis

unterschiedlicher Gruppen formierte, das sich in der Forderung einig war, den Wohlfahrtsstaat in seiner derzeitigen Struktur und Funktion zu erhalten.

Allerdings muß bezweifelt werden, ob die Ablehnung einer Mitgliedschaft einen tiefgreifenden Politikwechsel einleiten kann. Denn obwohl im Falle Norwegens ein wichtiges Element für die ideologische Offensive des Neoliberalismus – das öffentliche Haushaltsdefizit – fehlt, kann sich das Land nicht von den internationalen ideologischen, ökonomischen und politischen Umwälzungen abschotten. Die neoliberale Hegemonie prägt nicht nur die Ausgestaltung der Europäischen Integration. Sie wirkt auf vielen Ebenen auf die Entwicklung der westlichen kapitalistischen Gesellschaften ein. Eine wichtige Rolle spielen dabei internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO) und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) (Cox 1993: 63). Diese Netzwerke beeinflussen auch die ökonomische und politische Steuerung in Norwegen. Neoliberale Thesen haben längst Eingang in die Programme aller großen Parteien gefunden. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist zum dominierenden Ziel jeglicher Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geworden. Auch die sozialdemokratischen Regierungen zelebrieren heute eine angebotsorientierte prozyklische Wirtschaftspolitik. Damit ist auch schon der Kern des Dilemmas der norwegische Arbeiterpartei beschrieben. Weil der Wohlfahrtsstaat zusammen mit der Vollbeschäftigung weiterhin eine der zentralen Machtressourcen der Sozialdemokratie darstellt (vgl. Merkel 1993, vgl. Moene/Wallerstein 1992), ist der Umbau des fordistisch-keynesianischen Wohlfahrtsstaates für die *DNA* eine heikle Angelegenheit. Obwohl die konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen in Form von steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Einkommensspreizung im europäischen Vergleich bisher gering geblieben sind, droht die *DNA* ihre politische Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Welche Rolle spielte nun das EU-Referendum in dem Projekt „sozialdemokratischer Modernisierung“? Der Nutzen einer Mitgliedschaft wäre für die sozialdemokratischen Eliten hauptsächlich von strategischer Bedeutung gewesen. Die Integration hätte den politischen Spielraum erhöht: „It makes it easier, politically, to achieve the domestic policy changes and structural adjustments“ (Haaland 1992: 391). Die Regierung hätte durch den Verweis auf den Sachzwang „EU“ politischen Druck von Oslo nach Brüssel umleiten können. Außerdem hätte die *DNA* auf der europäischen Bühne das in den letzten Jahren verlorengegangene „soziale Profil“ zurückgewinnen können. Wenn es der norwegischen Regierung gelungen wäre, zusammen mit Frankreich, Schweden und Österreich die Rolle eines „sozialen Gewissens“ der EU einzunehmen, dann wäre vermutlich auch die Modernisierung im eigenen Land politisch leichter durchzusetzen gewesen.

Wie die Auseinandersetzungen im Vorfeld der Parlamentswahlen 1997 bewiesen haben, befindet sich die *DNA* auch drei Jahre nach dem Referendum immer noch in diesem Widerspruch. Während die sozialdemokratische Regierung ihre restriktive Ausgabenpolitik mit der Warnung vor einer Überhitzung der Ökonomie rechtfertigte, forderten

die bürgerlichen Oppositionsparteien eine Erhöhung der Staatsausgaben.<sup>29</sup> Statt die Budgetüberschüsse Jahr für Jahr in den Petroleum-Funds einzuzahlen, sollten lieber die Mindestrenten erhöht und die finanzielle Ausstattung der Krankenhäuser verbessert werden, so die Forderungen des bürgerlichen Lagers. Besonders „generös“ zeigte sich die Fortschrittspartei (*Fremmskrittsparti*): Sie versprach, im Falle eines Wahlsieges das Staatsbudget für 1998 um 12 Milliarden Nkr zu erhöhen (Dagens Naeringsliv 4.9.1997). Unter der Führung von Carl I. Hagen wandelte sich die Partei zu Beginn der neunziger Jahre von einer wirtschaftsliberalen zu einer rechts-populistischen Partei, die im Wahlkampf überaus erfolgreich mit wohlstandschauvinistischen und fremdenfeindlichen Parolen auftrat. Mit über 15 Prozent und 25 Sitzen verdreifachte sie nahezu ihr Ergebnis von 1993 und avancierte damit zur zweitstärksten Kraft im Storting. Der Erfolg der Fortschrittspartei hätte noch größer ausfallen können. Noch im August erreichte sie in Umfragen einen Stimmenanteil von 25 Prozent (vgl. aftenposten 10.9.1997), während die Unterstützung für die Arbeiterpartei auf einem historischen Tiefpunkt angelangt war. Nur noch 30 Prozent der Befragten gaben an, die *DNA* wählen zu wollen. Aus diesem Grund konzentrierte diese in der Endphase des Wahlkampfes ihre Kräfte auf das „Duell“ mit der Fortschrittspartei. Thorbjørn Jagland versuchte noch die letzten Stimmreserven zu mobilisieren, indem er sein persönliches Schicksal als Ministerpräsident von dem Ausgang der Wahl abhängig machte. Er ließ verlauten, daß er nur weitermachen wolle, wenn er mindestens so viel Stimmen wie seine Vorgängerin Gro Harlem Brundtland erhalten würde. Fünf Tage vor der Wahl spitzte er in einem Fernsehauftritt diese Aussage sogar noch einmal zu: „Prozente sind wichtig, nicht Mandate“ (aftenposten 11.9.1997).

In der Wahl am 15. September erreichte die *DNA* nur 35,1 Prozent und 65 Sitze, d.h. sie verlor 1,8 Prozent und 2 Sitze.<sup>30</sup> Thorbjørn Jagland trat wie angekündigt zurück und der Weg wurde frei für eine – von der Fortschrittspartei unterstützten - Regierungskoalition aus der Christlichen Volkspartei (*KrF*), der Zentrumspartei (*Sp*) und der liberalen *Venstre*. Nachfolger Jaglands wurde Kjell Magne Bondevik von der *KrF*. Trotz der Niederlage darf sich die Sozialdemokratie Hoffnungen machen, in nicht allzu ferner Zukunft wieder an die Macht zu kommen.<sup>31</sup> Die Mehrheitsverhältnisse im neugewählten Storting

---

29 Jasper von Altenbockum bezeichnete die Arbeiterpartei ob ihres Spareifers sogar als „Partei der Knickstiebel“ (F.A.Z. vom 27.8.1997).

30 Gesamtergebnis (Sitzverteilung) der Wahl (in Klammern Veränderungen zu 1993): *DNA* 65 (-2), Sozialistische Linke 9 (-4), Zentrumspartei 11 (-21), Christliche Volkspartei 25 (+12), *Venstre* 6 (+5), *Høyre* 23 (-5), Fortschrittspartei 25 (+15).

31 Einer der größten Trümpfe der Sozialdemokratie ist traditionell die Zerstrittenheit im bürgerlichen Lager, die immer wieder verhindert hat, eine wirkliche bürgerliche Regierungsalternative zu präsentieren. Auch die neugewählte Koalition konnte sich im Vorfeld der Wahlen nicht auf einen Kandidaten einigen. Sie präsentierte, obwohl als Koalition auftretend, einen Kandidaten der Zentrumspartei und einen der Christlichen Volkspartei. Erst das Wahlergebnis mit großen Gewinnen für die Christliche Volkspartei und ebenso großen Verlusten für die Zentrumspartei kürte Kjell Magne Bondevik. Aber auch die Auseinandersetzungen um eine Mitgliedschaft in der EU haben ihre Spu-

sind äußerst instabil; selbst die drei Regierungsparteien verfügen zusammen nur über 42 der 165 Parlamentssitze.

Für die Zukunft bleibt die wichtige Frage, ob es der Sozialdemokratie gelingt, ein Projekt zu formulieren, das überzeugende Antworten auf die Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaft Norwegens zu geben vermag. Die Wahlen haben gezeigt, daß eine sozialdemokratische Sparpolitik von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Auch das EU-Referendum hat bestätigt, daß der Wohlfahrtsstaat, das sozialdemokratische Projekt der siebziger Jahre, immer noch lebendig ist. Noch fehlen jene Sachzwänge (Haushaltsdefizit, EU, Konvergenzkriterien), auf die sich die DNA beziehen könnte, um eine Politik der Austerität auf der einen und der Übernahme konservativer Deregulierungsstrategien auf der anderen Seite zu legitimieren. Wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingt, innovative, auf gesellschaftlichen Ausgleich zielende Lösungsstrategien zu entwickeln, wird sich ihre Krise noch verschärfen. In diesem Prozeß wird sich auch das „Schicksal“ des Wohlfahrtsstaates entscheiden. Nur wenn sich die Arbeiterpartei dem Ziel der Gleichheit verschreibt, und die Gewerkschaften sich nicht durch interne Auseinandersetzungen weiter schaden, wird der „schleichende Untergang“ des norwegischen Wohlfahrtsstaates aufzuhalten sein.

---

ren hinterlassen. Die Gräben zwischen der Zentrumspartei und der Christlichen Volkspartei, beide Gegnerinnen der Integration, und der pro-europäischen *Høyre* scheinen zu tief zu sein.

## 5. Literaturverzeichnis

- Andersen, Jørgen Goul / Bjørklund, Tor (1994): Struktureller Wandel, neue Konfliktlinien und die Fortschrittsparteien in Dänemark, Norwegen und Schweden, in: Pappi, Franz Urban/Schmitt, Hermann (Hg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt a.M., S.57-90.
- Amin, Ash (1994): Postfordism: A Reader, Oxford.
- Amin, Ash / Thrift, Nigel (1995): Institutional issues for the European regions: from markets and plans to socioeconomics and powers of association, in: *Economy and Society*, 24. Jg., Heft 1, S. 41-66.
- Bieling, Hans-Jürgen (Hg.) (1995): Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat, Neun Länder im Vergleich, FEG-Studie Nr. 7, Marburg.
- Bjørklund, Tor (1991): Election Campaigns in Postwar Norway (1945-1989): From Party-Controlled to Media-Driven Campaigns, in: *Scandinavian Political Studies*, 14. Jg., Heft 3, S. 279-302.
- Bjørklund, Tor (1994): Public Opinion in Norway, Sweden and Finland towards Membership in the EU prior to the Referenda in the Autumn 1994, Foskningsnotat 02/94, Institutt for statsvitenkap, Universitetet i Oslo.
- Bjørklund, Tor (1996): The Three Nordic 1994 Referenda Concerning Membership in the EU, in: *Cooperation and Conflict*, 31. Jg., Heft 1, S. 11-36.
- Breuss, Fritz (1994a): Das EWR-Abkommen, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, Heft 1, S. 2-9.
- Breuss, Fritz (1994b): Die EU bekommt FANS, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, Heft 9, S. 433, 466.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation (1995): Länderbericht Norwegen - Wirtschaftstrend zum Jahreswechsel, Januar 1995, Bonn.
- Bundesstelle für Außenhandelsinformation (1994): Wirtschaftslage - Norwegen zur Jahresmitte, Juli 1994, Bonn.
- Cox, Robert W. (1993): Gramsci, Hegemony and International Relations, in: Gill, Stephen (Hg.): Gramsci, Historical Materialism and International Relations, Cambridge, S. 49-66.
- Dølvik, Jon Erik / Stehen, Arild H. (1997): Making Solidarity Work. The Norwegian Labour Market in Transition, Oslo.
- Enzensberger, Hans Magnus (1987): Ach Europa!, Frankfurt.
- Esping-Andersen, Gøsta (1985): Power and Distributional Regimes, in: *Politics and Society*, 14. Jg., Heft 2, S. 223-256.
- Esping-Andersen, Gøsta (1986): *Politics against markets*, Princeton.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Padstow, Cornwall.
- Flora, Peter (Hg.) (1986): *Growth to Limits - The Western Welfare States Since World War II*, Volume 1. Sweden, Norway, Finland, Denmark, Berlin.
- Göbl, Manfred M. (1994): Der „Europäische Wirtschaftsraum“ (EWR): Vorder- und Hintergründe einer neuen Ära in der westeuropäischen Wirtschaftsintegration, in: Göbl, Manfred M. / Feldmaier, Gerhard M. (Hg.): *Auf der Suche nach einer Weltwirtschaftsordnung von Morgen*, Frankfurt a.M., S. 187-211.
- Grande, Edgar (1996): Das Paradox der Schwäche, in: Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*, Opladen, S. 373-399.

- Haaland, Jan I. (1992): Comparative Advantage, Terms of Trade and Welfare Effects of European Integration: Some Preliminary Assessments, in: Scandinavian Journal of Economics, 94. Jg., Heft 3, S. 373-391.
- Hall, Stuart (1989): Ausgewählte Schriften – Ideologie. Kultur. Medien. Neue Rechte. Rassismus, Hamburg.
- Hannesson, Rognvaldur (1994): Die Fischer und die EU-Vereinbarung, in: Sosialøkonomen 7/8, S. 10-13, im Original: *Fiskeriene og EU-avtalen*.
- Hagtvet, Bernt / Rudeng, Erik (1988): Skandinavien: Leistungen, Dilemmata, Aufgaben, in: Graubard, Stephen R. (Hg.): Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit, Baden Baden.
- Hernes, Gudmund (1989): Arbeitsmarkt gegen Arbeiterbewegung - Neuere Erfahrungen aus Norwegen und Schweden, in: Grebing, Helga (Hg.): Sozialismus in Europa, Essen, S. 50-66.
- Hirsch, Joachim / Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin.
- Huseby, Beate / Listhaug, Ola (1995): Identifications of Norwegians with Europe: The Impact of Values and Centre-Periphery Factors, in: de Moor, Ruud (Hg.): Values in Western Societies, Tilburg, S. 137-162.
- Ingebritsen, Christine (1995): Norwegian Political Economy and European Integration, in: Cooperation and Conflict, 30. Jg., Heft 4, S. 349-363.
- Jahn, Detlef (1995): Die Wahl zum norwegischen Storting 1993. Ein deutliches Ja zum Nein, in: Steffani, Winfried / Thaysen, Uwe (Hg.): Demokratien in Europa: Zur Rolle der Parlamente, Opladen, S. 255-277.
- Jahn, Detlef / Storsved, Ann-Sofie (1995): Legitimacy through Referendum? The Nearly Successful Domino-Strategy of the EU-Referendums in Austria, Finland, Sweden and Norway, in: West European Politics, 18. Jg., Heft 4, S. 18-37.
- Jessop, Bob (1994): Post-Fordism and the state, in: Amin, Ash: Post-Fordism: A Reader, Oxford, S. 251-279.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1993): Die Erweiterung der Gemeinschaft: Aufgaben und Herausforderungen - Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag Norwegens, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften 2/93.
- Kuhnle, Stein (1992): Norwegen, in: Politik und Zeitgeschichte, B 43/92, S. 12-21.
- Langeland, Ove / Nergaard, Kristine (1991): "Lohnausgleich" für niedrige Arbeitseinkommen - Tarifpolitik und Lohnentwicklung in Norwegen 1980-1990, in: WSI-Mitteilungen Heft 12/1991, S. 733-741.
- Lindemann, Rolf (1986): Norwegen - Räumliche Entwicklungen in einem dünnbesiedelten Land, Stuttgart.
- Lipset, Seymour / Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: Lipset, Seymour / Rokkan, Stein (Hg.): Party systems and voter alignments, New York, S. 1-64.
- Listhaug, Ola / Aardal, Bernt (1989): Welfare Issues in the Norwegian 1985 Election: Evidence from Aggregate and Survey Data, in: Scandinavian Political Studies, 12. Jg., Heft 1, S. 57-76.
- Listhaug, Ola / Sciarini, Pascal (1995): The Swiss and Norwegian No to Europe: The Role of Liberalism, Arbeitsnotat nr.8, Folkeavstemningsprosjekt, Universitetet i Trondheim.
- Luif, Paul (1994): Die Beitrittsbewerber: Grundlegendes zu den Verhandlungen der EFTA-Staaten um Mitgliedschaft bei der EG/EU, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 23. Jg., Heft 1, S. 21-36.

- Mehner, Gottfried (1993): EG-Frage spaltet Norwegen, in: Börsen-Zeitung vom 15. September 1993, Frankfurt a.M.
- Merkel, Wolfgang (1993): Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich, Frankfurt/NewYork.
- Midttun, Atle (1990): Norway in the 1980`s: Competitive Adaption or Structural Crisis A Comment on Katzenstein`s Small-State/Flexible-Adjustment Thesis, in: Scandinavian Political Studies, 13. Jg., Heft 4, S. 307-326.
- Mjøset, Lars (1987): Nordic economic policies in the 1970s and 1980s, in: International Organization , 41. Jg., Heft 3, S. 403-456.
- Mjøset, Lars (1989): Norway`s Full-Employment Oil Economy - Flexible Adjustment or Paralyzing Rigidities?, in: Scandinavian Political Studies, 12. Jg., Heft 4, S. 313-341.
- Moen, Kathrine L. / Øyangen, Irene / Jenssen, Anders Todal (1995): The 1994 Nordic EU Referendums Study, ISS-Rapport, Nr.44, University of Trondheim.
- Müller, Ingrid (1995): Hält die EU-Frage Norwegens Opposition in Schach ?, in: Der Tagesspiegel vom 20. Mai 1995, Berlin.
- Narr, Wolf-Dieter / Offe, Claus (1975): Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, Köln.
- OECD (1977-1995): Economic Survey Norway, OECD, Paris.
- OECD (1990b): National policies and agricultural trade - country study norway, OECD, Paris.
- Offe, Claus (1984): Zu einigen Widersprüchen des modernen Sozialstaats, in: Offe, Claus: Arbeitsgesellschaft – Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/New York, S. 323-339.
- Ott, Thomas (1995): Die Stellung der norwegischen Provinzen in einem Europa der Regionen, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, 139. Jg., Heft 1, S. 15-30.
- Pettersen, Per Arnt / Jenssen, Anders Todal / Listhaug, Ola (1995): The 1994 EU Referendum in Norway - Continuity and Change, Arbeidsnotat nr. 4, Folkeavstemningsprosjekt, Universitetet i Trondheim.
- Reisegg, F. (1990): The Dynamics of Agrarian Structures in the Scandinavian Region, with Emphasis on Experiences from Norway, in: Food and Agriculture Organization of the United Nations: The Dynamics of Agrarian Structures in Europe, Rom, S. 45-66.
- Rokkan, Stein / Valen, Henry (1964): Regional Contrasts in Norwegian Politics, in: Allardt, Erik/ Littunen, Yrjö (Hg.): Cleavages, Ideologies and Party Systems, Helsinki.
- Rokkan, Stein (1967): Geography, Religion, and Social Class: Crosscutting Cleavages in Norwegian Politics, in: Lipset, Seymour / Rokkan, Stein (Hg.): Party systems and voter alignments, New York, S. 367-444.
- Rokkan, Stein / Urwin, Derek (1983): Economy Territory Identity, London.
- Rokkan, Stein u.a. (1987): Centre-Periphery Structures in Europe, Frankfurt a.M.
- Rokkan, Stein (1994): Die Entstehung und Entwicklung der nordeuropäischen Demokratien, in: Pappi, Franz Urban / Schmitt, Hermann (Hg.): Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien, Frankfurt a.M., S. 31-56.
- Rommetvedt, Hilmar (1992): The Norwegian Storting: The Central Assembly of the Periphery, in: Scandinavian Political Studies, 15. Jg., Heft 2, S. 79-97.
- Rowthorn, Bob / Glyn, Andrew (1990): The Diversity of Unemployment Experience since 1973, in: Marglin, Stephen A. / Schor, Juliet B. (Hg.): The Golden Age of Capitalism, Oxford, S. 218-266.
- Rønningen, Martin (1991): Norwegian Policies for Rural Development, in: Sociologia Ruralis, 31. Jg., Heft 1, S. 27-36.

- Scharpf, Fritz W. (1984): Economic and Institutional Constraints of Full-Employment Strategies: Sweden, Austria and West-Germany, 1973-1982, in: Goldthorpe, John H. (Hg.): Order and Conflict in Contemporary Capitalism. Studies in the Political Economy of Western European Nations, Oxford, S. 257-290.
- Schulte, Bernd (1991): Die Folgen der EG-Integration für die wohlfahrtsstaatlichen Regimes, in: Zeitschrift für Sozialreform, 37. Jg., Heft 9, S. 548-580.
- Sjøholt, Peter (1988): Recent Economic Restructuring in Norway - Impact on Regional Development and Regional Strategies, Geografi i Bergen Nr. 119.
- Steen, Anton (1985): The Farmers, the State and the Social Democrats, in: Scandinavian Political Studies, 8. Jg., Heft 1-2, S. 45-63.
- Svasand, Lars / Lindström, Ulf (1995): Scandinavian political parties and the European Union, in: Gaffney, John (Hg.): Political Parties and the European Union, London, S. 205-219.
- SSB (1997): Economic Survey 3/97.
- von Unruh, Georg-Christian (1989): Die Eigenart der Verfassung des Königreichs Norwegen, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Tübingen, 38. Jg., S. 277-298.
- Valen, Henry (1973): Norway: No to EEC, in: Scandinavian Political Studies, 8. Jg., S. 214-226.
- Wehrheim, Peter (1994): Ökonomische Effekte der EG-Integration der EFTA-Mitgliedstaaten Schweden, Finnland, Norwegen, Österreich und Schweiz im Agrarsektor, Münster.

## **Zeitungen**

aftenposten

dagbladet

dagens næringsliv

F.A.Z.

Frankfurter Rundschau

## FEG Studien

- Nr. 1:** Michael Felder, Forschungs- und Technologiepolitik zwischen Internationalisierung und Regionalisierung,  
(September 1992) UKB 20 DM (vergriffen)
- Nr. 2:** Hans-Jürgen Bieling, Nationalstaat und Migration im "Postfordismus" - Gewerkschaften vor der Zerreißprobe,  
(September 1993) UKB 25 DM
- Nr. 3:** Eva Lavon, Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA): Weltmarktorientierte Entwicklung gegen die Gewerkschaften?,  
(Juni 1994) UKB 20 DM
- Nr. 4:** Hans-Jürgen Bieling/Frank Deppe (Hrsg.), Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus,  
(August 1994) UKB 25 DM
- Nr. 5:** Europäische Integration und politische Regulierung - Aspekte, Dimensionen, Perspektiven. Mit Beiträgen von Bob Jessop, Ingeborg Tömmel, Bernd Röttger, Anja Bultemeier/Frank Deppe, Thorsten Schulten, Nikos Kotzias und Hans-Jürgen Bieling,  
(April 1995) UKB 25 DM
- Nr. 6:** Robin Jacobitz, Der Niedergang institutionalisierter Kooperation. Die Auswirkungen von Machtveränderungen zwischen den USA, Japan und Deutschland 1945 bis 1990 auf das GATT- und das IWF-Regime,  
(Juli 1995) UKB 30 DM
- Nr. 7:** Hans-Jürgen Bieling (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich,  
(November 1995) UKB 40 DM (vergriffen)
- Nr. 8:** Stefan Tidow, Das "Modell Österreich". Korporatistische Regulierung im Umbruch,  
(November 1996) UKB 25 DM
- Nr. 9:** Kai Michelsen, Die gescheiterte Transformation des "schwedischen Modells",  
(Februar 1997) UKB 25 DM
- Nr. 10:** Labour Markets and Employment Policy in the European Union. Contributions by Alain Lipietz, Martin Seeleib-Kaiser, Hans-Wolfgang Platzer, Gerda Falkner, Andreas Aust/Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber/Stefan Tidow, Michael Barrat Brown, Frieder Otto Wolf, Joachim Denking, Europäischer Metallgewerkschaftsbund and Nikos Kotzias,  
(März 1997) UKB 30 DM